

Arbeit & Wirtschaft



Schöne Aussichten!

Beschäftigte im Tourismus ringen um bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen, während Österreich Rekordnächtingungen verzeichnet. Was ist da los?

An der Belastungsgrenze / 26

Was machen eine Million Tourist:innen im Jahr mit Hallstatt?

Das Glas ist halb voll / 40

Wir haben die Band 5/8erl in Ehr'n im Wiener Gänsehäufel getroffen

#3



RICHARD SOLDER CHEFREDAKTEUR
SARAH KLEINER CHEFIN VOM DIENST
GRETA STAMPFER ONLINEREDAKTION
THOMAS JARMER ARTDIRECTION & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
SILKE MÜLLER ILLUSTRATIONEN
FLORIAN PRAXMARER LEKTORAT
SONJA ADLER ADMINISTRATION
VANESSA KOVAR REDAKTIONSSASSISTENZ

Autor:innen dieser Ausgabe

Delna Antia-Tatić, Sandra Gloning, Robert Misik,
 Konrad Mitschka, Alexandra Polić, Milena Österreicher,
 Andrea Rogy, Martin Schenk

Redaktion Arbeit&Wirtschaft

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
 redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Themenkomitee

www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Österreichischer Gewerkschaftsbund
 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber

Bundesarbeitskammer
 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22
 Tel.: +43 1 501 65-0
 akmailbox@akwien.at

Hersteller

Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21

Verlagsort Wien**Herstellungsort** Neudörfel**Abonnementverwaltung und Adressänderung**

Lukas Huemerlehner
 Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
 Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
 Einzelnummer: € 3,50 (inkl. MwSt.)
 Jahresabonnement Inland € 18,- (inkl. MwSt.)
 Ausland zuzüglich € 14,- Porto
 Für Lehrlinge, Student:innen und Pensionist:innen
 ermäßigtes Jahresabonnement € 9,- (inkl. MwSt.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
 ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
 ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493,
 ISSN (Blog) 2519-5492

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor:in trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter:innen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, sind nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

Hinter den Kulissen



Journalistin **Sandra Gloning** und Amtsleiter **Frank Höll** auf ihrem Weg durch Hallstatt. Wie die kleine Marktgemeinde mit Tausenden Tourist:innen pro Tag umgeht, lesen Sie **ab Seite 26**.



Auf Streife mit der **Baupolizei**: A&W-Autorin **Andrea Rogy** konnte hautnah miterleben, wie die Stadt Wien gegen illegale Kurzzeitvermietung à la Airbnb vorgeht. Zu lesen **ab Seite 38**.

ERRATUM

In Ausgabe 2/26 auf Seite 35 haben wir Erwin Schleindl fälschlicherweise als Vorsitzenden des Betriebsrats der KTM AG bezeichnet. Richtig wäre „Betriebsratsmitglied“. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen!

Berganstieg statt Helikopterflug



RICHARD SOLDER
CHEFREDAKTEUR

Nur ein kurzer Zwischenstopp, dann geht's schon wieder weiter: In der Medienbranche kritisiert man gern den sogenannten „Helikopter-“ oder „Fallschirmjournalismus“. Das beschreibt das Phänomen, wenn Redaktionen punktuell und oberflächlich berichten, etwa aus einem Katastrophen- oder Krisengebiet. Vor allem News-outlets schicken gern in Windeseile Reporter:innen aus, die dann sensationsheischende Bilder liefern, mitunter mit dramatisierenden Kommentaren. So schnell sie kommen, ziehen sie auch weiter, die nächste Krise ruft. Was in den betroffenen Regionen später passiert und welche Folgen das Geschehene für die lokale Bevölkerung hat, wird nicht berichtet. Helikopter und Fallschirme kommen dabei natürlich nur ganz selten wirklich zum Einsatz und dienen vor allem als Metapher.

Im heimischen Tourismus stehen die vollbesetzten Reisebusse mit Gäst:innen aus aller Welt, die sich durch historische Innenstädte arbeiten oder sich den Bergpass raufkämpfen, für ein Problem: Wie der A&W-Fokus in dieser Ausgabe zeigt, braucht Österreich Tourismus, Österreich will Tourismus. Aber: Es kommen immer mehr Reisende für immer kürzere Zeit. Für manche Destinationen, gerade kleine Gemeinden, wird das zu viel. Der Alltag der Ortsansässigen leidet zunehmend, ebenso die Umwelt.

Schon lange einen schweren Stand haben die Beschäftigten im Tourismus: Prekäre Arbeitsbedingungen, niedrige Lohnniveaus und Missstände stehen auf der Tagesordnung. Massentourismus und „Overtourism“ erhöhen weiter den Druck. Wir schauen uns die Situation aus Arbeitnehmer:innen-Perspektive an – von Hallstatt über das Zillertal bis hin zu Nordamerika, wo die Fußball-WM der Herren stattfindet.

Dabei wählen wir den klassischen Arbeit&Wirtschaft-Zugang: mit Tiefgang, Hintergrundrecherche und Reflexion. Journalistisch sind wir eher mit Wanderschuhen, Fahrrad oder Bummelzug unterwegs als mit Helikopter und Fallschirm. Das entschleunigt, und man bekommt ein Gefühl für die Umgebung, durch die man sich bewegt – und für die Menschen, die dort leben und arbeiten. Probieren Sie das doch auf Ihrer nächsten Reise auch aus. Mehr „Slow Tourism“, weniger Herumhetzen: Klingt doch gut. Die Redaktion wünscht einen angenehmen Sommer! ■



Inhalt

Schattenwirtschaft am Bau	Sozialbetrug auf Österreichs Baustellen höhlt den Sozialstaat aus	6
Fossiler Leichtsin	Energieexperte Johannes Wahlmüller im Interview	8
Inwiefern ist Armut politisch gemacht?	Mitbegründer der Armutskonferenz Martin Schenk beantwortet die große Frage	11
Aus dem Betriebsrat	ORF-Betriebsrat Konrad Mitschka über gelungene Kommunikation	12
Kurzmeldungen	News aus der Gewerkschaftsbewegung	13

FOKUS

Im Reisefieber

Die Rechnung, bitte!	Hotellerie und Gastronomie sind diverse Branchen – was zeichnet sie aus?	16
Wie viel ist zu viel?	Eva Eberhart und Robert Steiger über Tourismus und seine Grenzen	20
Reisen bis zum Kippunkt	Wie Tourismus das Klima und Klima den Tourismus verändert	24
Schmerzlich willkommen	Hallstatt will dem Massentourismus Herr werden und stößt an Grenzen	26
Im Abseits	Die Fußball-WM rückt prekäre Arbeitsverhältnisse unters Brennglas	31

Blitzlichter	Wie fördert der Betriebsrat gemeinsame Aktivitäten?	34
Es geht um Macht	Ein Archivtext der Historikerin und A&W-Wegbegleiterin Brigitte Pellar	36
Vier Fäuste gegen Airbnb	Wie die Wiener Baupolizei gegen illegale Kurzzeitvermietung vorgeht	38
In ihrem Element	Die Band 5/8erl in Ehr'n steht für Jazz, Soul und Gelassenheit	40
Weiterbildung	Aktuelle Bildungsangebote	44
A&W-Blog	Wissenswertes aus dem A&W-Blog	45
Wir fordern	Delna Antia-Tatić über mangelnde Wertschätzung für Teilzeitarbeit	46



Arbeit&Wirtschaft

Einfach folgen!



Reihen auch Sie sich ein – und folgen Sie den **Social-Media-Kanälen von Arbeit&Wirtschaft**, um ganz nah am aktuellen Geschehen zu sein! Auf **Facebook, Bluesky, Instagram** und **YouTube** liefern wir täglich spannende Hintergründe sowie Videos zu Politik, Arbeitswelt und Wirtschaft aus dem In- und Ausland.

Liken und mitdiskutieren!

f @ 🦋 ▶ /AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at



Schattenwirtschaft am Bau

Sozialbetrug ist auf österreichischen Baustellen keine Seltenheit. Über komplexe und undurchsichtige Subunternehmerketten werden Arbeiter:innen gezielt ausgebeutet, und der Sozialstaat wird ausgehöhlt. Wie kann man dem entgegenwirken?

TEXT SARAH KLEINER



Was der Volksmund gern als „Pfuscher am Bau“ verniedlicht, ist ein ausgewachsenes Problem: Sozialbetrug hat im Baubereich System. Bei einer Schwerpunktaktion der Finanzpolizei wurden etwa im Frühjahr bei Kontrollen auf österreichischen Baustellen beinahe 550 Gesetzesübertretungen festgestellt. Die Delikte sind vielfältig, häufig drehen sie sich um Unterentlohnung und Ausbeutung.

„Die Sofortfeststellungen, die wir auf Baustellen haben, also dass zum Beispiel jemand falsch angemeldet ist, Arbeitszeiten nicht aufgezeichnet werden oder eine illegale Ausländer:innenbeschäftigung vorliegt, sind inzwischen eher eine Randerscheinung“, sagt Wilfried Lehner, Leiter der Finanzpolizei. „Das eigentliche Thema sind organisierte und strukturierte Hinterziehungen von Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnsteuer. Da spielt sich das wahre Betrugskonzept ab.“ Sozialversicherungsträger und Finanzamt verlieren auf diese Weise Millionenbeträge.

Netz aus Scheinunternehmen

Besonders „Teilschwarzarbeit“ würde laut Lehner ein dramatisches Schadensvolumen verursachen. Arbeiter:innen werden zwar mit einer gewissen Arbeitszeit angemeldet, sind aber viel länger tätig. Den restlichen Lohn gibt es bar auf die Hand – wenn überhaupt. Das Bargeld dafür stammt oft von Scheinfirmen, die Geld waschen, gefälschte Rechnungen stellen und so Einnahmen vortäuschen. Überstundenzuschläge gibt es häufig nicht, geschweige denn Urlaubsgeld oder Diäten. Facharbeiter:innen werden als Hilfsarbeiter:innen eingestuft und um ihren gerechten Lohn gebracht.

Verschleiert werden solche Machenschaften durch verzweigte Subunternehmerketten, die so undurchsichtig sind, dass Arbeiter:innen oft selbst nicht wissen, wo sie angestellt sind. „Wir haben etliche Scheinfirmer, die auf dem Markt gar nicht wirklich existieren“, sagt Lehner. Im vergangenen Jahr haben Scheinfirmer dem österreichischen Staat einen Schaden von 500 Millionen Euro verursacht. Mehr als die Hälfte davon ist auf ausgebliebene Sozialversicherungsbeiträge zurückzuführen, etwa ein Fünftel auf nicht abgeführte Lohnsteuer.

In der Baubranche findet durch solche Praktiken zudem eine Wettbewerbsverzerrung statt: Bei der Vergabe von Bauaufträgen ist es oft der Preis, der über den Zuschlag entscheidet. Und über dubiose Geschäftsmodelle drücken Bauunternehmen ihre Preise. „Würden diese Betrugsunternehmen korrekt anmelden und dabei denselben Preis für ihre Leistungen verlangen, dann wären sie im ersten Monat insolvent“, sagt Lehner. Die, die fair und korrekt entlohnen, haben oft das Nachsehen.

Gezielt gegensteuern

Die Arbeiterkammer fordert in diesem Zusammenhang mehr Personal für Kontrollen und die Wiedereinführung des sogenannten Kumulationsprinzips. Mit einer Reform des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes im Jahr 2021 wurde es abgeschafft, die Strafen sind damit drastisch gesunken. Die Gewerkschaft Bau-Holz (GBH) will an einer anderen Schraube drehen.

„Der wirksamste Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping beginnt nicht auf der Baustelle, sondern dort, wo öffentliche Aufträge vergeben werden“, so der GBH-Vorsitzende und SPÖ-Nationalratsabgeordnete Josef Muchitsch. Das jährliche Beschaffungsvolumen in Österreich beträgt rund 70 Milliarden Euro, etwa jeder dritte Euro davon fließt in den Bausektor. Mit der Initiative „Rot-Weiß-Rot-Bauen“ will die GBH Auftragsvergaben Richtung redliche Unternehmen lenken: „Wer Steuergeld an regionale Betriebe mit fairen Arbeitsbedingungen vergibt, stärkt heimische Arbeitsplätze und entzieht Scheinfirmer sowie Dumpingmodellen die Grundlage.“

Die rechtliche Basis dafür ist das österreichische Vergaberechts-gesetz. Je nach Auftragsvolumen gibt es klare Regeln für die Gestaltung von Ausschreibungen. Ab 5,4 Millionen Euro muss europaweit ausgeschrieben werden, alles darunter kann auf nationaler Ebene gelöst werden. Die wichtigsten Grundsätze sind z. B. die Gleichbehandlung aller Bewerber:innen und Bieter:innen, Nicht-diskriminierung oder auch Transparenz. Mit heurigem März ist eine Novelle des Gesetzes in Kraft getreten.

„Jetzt ist es noch klarer festgeschrieben, dass man auf österreichischer Ebene das Gebot der getrennten Vergabe hat“, sagt Martin Schiefer, Rechtsanwalt und Vergaberechts-experte. Er spielt damit auf sogenannte Generalunternehmen an. Oft würden Gemein-



„Wer Bauaufträge regional vergibt, stärkt den Standort, schafft Perspektiven und hält Steuern und Abgaben im Land“, so der GBH-Vorsitzende Josef Muchitsch.

den, wenn etwa der Bau eines Kindergartens ansteht, auf solche zurückgreifen. Sie bieten ein Komplettpaket für Bauleistungen an, vom Rohbau bis zum Fliesenlegen, verlangen dafür aber Zuschläge. Regionale (Klein-)Betriebe würden dabei oft durch die Finger schauen. Die gesetzliche Novelle stelle laut Schiefer nun klar: „Das Generalunternehmen soll die Ausnahme sein und nicht die Regel.“ Stattdessen sollten Aufträge sozusagen gestückelt in kleineren Paketen vergeben werden und dadurch auch die kleinstrukturierte Bauwirtschaft erreichen.

Ein Leitfaden, den die GBH in Zusammenarbeit mit dem Rechtsanwalt erstellt hat, zeigt Gemeinden Möglichkeiten für regionale Vergaben auf, ohne rechtliche Grundprinzipien wie das der Gleichbehandlung zu verletzen. „Einer der Kernpunkte ist, den Gemeinden zu zeigen, wie sie Aufträge so gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen eine faire Chance haben, sie zu bekommen“, sagt Schiefer.

Auch verschachtelte Subunternehmerketten könnten so eingeschränkt werden: „Je kürzer und transparenter die Auftragskette, desto geringer das Risiko von Sozialbetrug“, meint der Gewerkschafter und Parlamentarier Muchitsch. „Öffentliche Auftraggeber sollten Subunternehmerketten begrenzen, klare Nachweise verlangen und verstärkt direkt an regionale Fachbetriebe vergeben.“

Dass regionale Betriebe durch die „Rot-Weiß-Rot-Bauen“-Initiative protegert würden, will Muchitsch so nicht stehen lassen. Es gehe dabei vielmehr um „Verantwortung gegenüber den Menschen, die dieses Land finanzieren“: „Wir wollen keine Grenzen ziehen, sondern öffentliche Gelder intelligent einsetzen. Wer mit Steuergeld baut, soll auch Wertschöpfung, Beschäftigung und Zukunftsperspektiven in Österreich schaffen“, sagt er. ▀

Fossiler Leichtsinn

Globale Energiekrisen treffen Haushalte und Betriebe. Im Interview erklärt Experte Johannes Wahlmüller, warum ein nachhaltiger Umbau des Energiesystems unabdingbar ist.

INTERVIEW MILENA ÖSTERREICHER

Nachdem Europa infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine bereits große Sprünge bei den Energiepreisen erlebt hatte, verschärfte der Iran-Krieg die Lage erneut. Auch die generelle Angst vor Versorgungsengpässen ist gestiegen. Energieexperte Johannes Wahlmüller von der Umweltorganisation GLOBAL 2000 erklärt, warum die Energiewende – also der Umstieg von fossilen und atomaren Energieträgern auf erneuerbare Quellen – dringender ist denn je.

Arbeit&Wirtschaft: Welche Folgen hatte der Ausbruch des Iran-Kriegs für Österreich?

Johannes Wahlmüller: Als der Krieg im Frühjahr begann, waren die Folgen schwer abzuschätzen, weil unklar war, wie sich der Krieg weiterentwickeln würde. Wir haben vor allem Anstiege der Energiepreise beobachtet, allerdings keine Versorgungsengpässe – ansonsten wären die Preise deutlich stärker gestiegen. Auf dem Gasmarkt haben wir die Effekte anfangs gedämpft gesehen, weil die Heizperiode bei Kriegsbeginn vorbei war. Im Winter wäre das anders gewesen. Je länger solche Konflikte anhalten, desto teurer werden viele Lebensbereiche und wir als Gesellschaft werden ärmer.

Wie sieht es in anderen Regionen aus?

Die Auswirkungen sind global betrachtet massiv. Laut UN-Schätzungen sind Millionen Menschen in Armut gestürzt worden oder von Hunger bedroht. Es besteht die Gefahr, dass landwirtschaftliche Erträge wegen fehlendem Dünger sinken, der zu einem großen Teil über die Straße von Hormus transportiert wurde. In vielen Regionen ging es kurz nach Kriegsausbruch um die grundlegende Versorgung und teilweise wirklich ums nackte Überleben.

Asien ist besonders betroffen, weil die Öllieferungen hauptsächlich dorthin gingen. In einigen Ländern wurden Maßnahmen gesetzt, wie verkürzte Arbeitswochen oder die Schließung von Betrieben, die auf Gas angewiesen sind. Es kam zu Rationierungen und stark steigenden Preisen. Die Lage verschärfte sich massiv, auch weil es dort an sozialen Sicherungssystemen fehlt.

Welche Lehren müssen wir aus dieser Krise ziehen?

Für uns ist das ein Weckruf. Wir hätten in Österreich schon längst die Möglichkeit gehabt, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren und sie durch erneuerbare zu ersetzen. Schon 2011 stellte das damalige Energieministerium fest, dass wir nicht mehr so stark von russischem Gas abhängig sein

wollen. Trotzdem ist diese Abhängigkeit in den Folgejahren sogar auf rund 80 Prozent gestiegen. Auch nach der Energiekrise 2022 wurde über eine Diversifizierung der Gaslieferungen gesprochen, tatsächlich wurde aber oft nur eine Abhängigkeit durch eine andere ersetzt, etwa durch mehr LNG-Importe aus den USA oder Katar.

2022 veröffentlichte die Energieagentur einen Fahrplan, wie Österreich bis 2027 von russischen Gaslieferungen unabhängig werden könnte. Darin sind viele Maßnahmen enthalten, die bisher entweder nicht umgesetzt oder abgeschwächt wurden. Die Förderungen in diesem Bereich wurden zudem massiv reduziert. Ein Erneuerbares-Gas-Gesetz wurde bislang nicht beschlossen, ebenso wenig ein verbindlicher Tausch von Gasheizungen. Auch Effizienzmaßnahmen werden nur sehr unzureichend umgesetzt.

Was muss nun am dringendsten passieren?

Wir müssen trotz knapper Budgets gezielt in die Energiewende investieren. Dazu gehören thermische Sanierung, der Heizkeseltausch und der Ausbau von Förderungen und Finanzierungsmodellen.

Gerade angesichts knapper Budgets stellt sich die Frage, wie sich diese Investitionen finanzieren lassen.

Hier gibt es einige Möglichkeiten, etwa durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen, die in Österreich rund 5,7 Milliarden Euro ausmachen. Ein Solidaritätsbeitrag auf die Gewinne fossiler Unternehmen wäre vorstellbar, denn diese Konzerne erzielen Gewinne auf Kosten unserer Zukunft. Die OMV hat beispielsweise im vergangenen Jahr 4,6 Milliarden Euro Gewinn gemacht.

Auch teure Infrastrukturprojekte könnten hinterfragt werden, etwa der Lobautunnel, der rund 2,7 Milliarden Euro kostet. Er ist zwar im ASFINAG-Budget enthalten, aber wenn sich diese weniger verschuldet, könnte sie höhere Dividenden an die Republik auszahlen. Auch vermögensbezogene Abgaben könnten eine größere Rolle spielen. Es gibt viele Ansätze, auch in Zeiten knapper Budgets Spielräume zu schaffen, um die Energiewende umzusetzen.

Die Energiewende und die damit einhergehende Abkehr von fossilen Importen locken auch mit dem Versprechen der Unabhängigkeit von autoritären Regimen und der geopolitischen Lage. Derzeit importieren wir allerdings Solarpaneele aus China. Wie passt das zusammen?

Bei erneuerbaren Technologien gibt es ebenfalls Abhängigkeiten, etwa bei der genann-



Johannes Wahlmüller ist seit fast 20 Jahren im Bereich Klima und Energie tätig, seit 2010 bei GLOBAL 2000. Er ist Mitglied im Nationalen Klimaschutzkomitee und im Wiener Klimarat.

ten Produktion von Photovoltaikmodulen. Das ist auch ein Versäumnis der früheren Energiepolitik, weil Produktionskapazitäten nicht ausreichend in Europa gehalten wurden. Trotzdem kann man auch heute noch gegensteuern und bestimmte Teile der Wertschöpfung wieder nach Europa holen. Und wenn etwa eine Photovoltaikanlage installiert ist – auch wenn die Module aus China stammen –, kommen andere Komponenten wie Wechselrichter oft aus Österreich, und Montage sowie Betrieb schaffen regionale Wertschöpfung. Am Ende steht eine Anlage, die jahrzehntelang Energie liefert, ohne dass laufende Zahlungen für fossile Importe anfallen.

Österreich liegt mit seinem Anteil an erneuerbaren Energien mit etwas mehr als 40 Prozent über dem EU-Schnitt. Sind wir damit nicht schon gut dabei?

Ja und nein. Österreich liegt auf Platz sechs hinter Ländern wie Schweden, Finnland und Dänemark. Doch das Problem ist das Tempo: In den vergangenen Jahren ist der Anteil nur um etwa 1,5 Prozent pro Jahr gestiegen. So würde es etwa 40 Jahre dauern, bis das Energiesystem vollständig umgestellt ist. Das Ziel der Bundesregierung ist jedoch 2040. Dafür müsste sich das Tempo mehr als verdoppeln. Das kann nur durch den Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch durch mehr Energieeffizienz und Energiesparen erreicht werden, denn die sauberste Kilowattstunde ist jene, die gar nicht verbraucht wird.

Manche Industriebetriebe warnen vor Wettbewerbsnachteilen durch die Energiewende. Wie kann eine Transformation gelingen, ohne Arbeitsplätze und industrielle Wertschöpfung zu gefährden?

Der Umbau bringt Veränderungen. Allerdings ist der Wandel, der sich durch Klima- und Energiewendeziele ergibt, wahrscheinlich sogar kleiner als jener, der durch Automatisierung und künstliche Intelligenz ohnehin bereits stattfindet. Studien zeigen zudem, dass in Österreich durch gezielte Investitionen rund 100.000 neue Arbeits-



„Wir hätten die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern in Österreich schon längst reduzieren können“, ärgert sich GLOBAL-2000-Energiesprecher Johannes Wahlmüller.

plätze entstehen könnten, etwa in den Bereichen erneuerbare Energie, Sanierung und öffentlicher Verkehr.

Für die Industrie ist zudem eine stabile Energiebasis wichtig, damit die Energiewende geschafft werden kann. Gleichzeitig würden enorme Geldabflüsse für Importe fossiler Energieträger entfallen, allein in Österreich sind das rund 10 Milliarden Euro jährlich. Diese können dann regional zirkulieren und die heimische Wirtschaft stärken.

Welche Rolle können Betriebsrät:innen bei diesem Transformationsprozess spielen?

Sie können gezielt nach Resilienzstrategien im Unternehmen fragen – etwa, ob ein Betrieb eine Energiestrategie hat und ob er gegen Preisschocks abgesichert ist. Betriebe sollten prüfen, ob ausreichend in Energieeffizienz investiert wurde, da sich diese Maßnahmen meist gut rechnen – wenn auch nicht immer sofort. Außerdem stellt sich die Frage, ob erneuerbare Potenziale am Standort genutzt werden, etwa Photovoltaik, oder ob man sich an regionalen Energieprojekten beteiligt.

Wie kann man da Beschäftigte miteinbeziehen?

Betriebe sollten gemeinsam mit ihnen Umstellungsprozesse gestalten, denn diese bedeuten oft neue Anforderungen, etwa wenn fossile Prozesse durch erneuerbare ersetzt werden. Die Menschen dabei mitzunehmen ist sowohl eine staatliche als auch eine betriebliche Aufgabe. Und Firmen können auch durch E-Fuhrparks oder Mobilitätsangebote wie Jobtickets einen Beitrag zur Energiewende leisten und gleichzeitig die Geldbörse der Beschäftigten entlasten.

In den vergangenen Jahren ist die Energiearmut in Österreich gestiegen. Laut einer Studie der Arbeiterkammer war im Jahr 2024 fast jeder achte Haushalt in Österreich davon betroffen. Was braucht es hier?

Die steigende Energiearmut ist besorgniserregend. Viele Menschen können sich keine warme Wohnung mehr leisten. Ein zentraler Hebel wäre die thermische Sanierung von Gebäuden. Gerade in alten Mietwohnungen fehlt dafür jedoch oft das Geld. Weiters braucht es klare Rahmenbedingungen für den Umstieg auf klimafreundliche Wärmesysteme. Insgesamt sind klare Gesetze und stärkere staatliche Unterstützung notwendig, sonst verschärfen sich soziale Ungleichheiten weiter. ▀

Inwiefern ist Armut politisch gemacht?

Wenn Sparpakete Ärmere stärker belasten als Reiche, dann wird Armut gemacht. Wenn ein Wettlauf entsteht, wer denn am widerlichsten zu den Ärmsten ist und am stärksten „nach unten“ tritt, dann wird Armut gemacht. Die Sozialhilfenovellen in der Steiermark und in Oberösterreich beispielsweise verschärfen Armut, statt sie zu bekämpfen. Die Streichungen treffen alle, auch wenn versucht wird, dies zu verschleiern: Reduktion der Wohnkostenpauschale, des Bonus für Alleinerziehende sowie des Behindertenzuschlages. Die Leistungen für Menschen mit Behinderungen werden gleich

doppelt gekürzt, da sich der Zuschlag prozentual am – ebenfalls gekürzten – Höchstsatz der Sozialbeihilfe berechnet.

Zum finanziellen Mangel auf der einen Seite gesellt sich auf der anderen eine Art „Überschuss“: Es kann gar nicht genug an Gemeinheiten, Vorurteilen, Pauschalverunglimpfungen, Abwertung und Verachtung gegenüber Menschen „ganz unten“ geben. Armut wird nicht nur gemacht, sondern auch gebraucht: als Angst- und Drohkulisse gegenüber jenen, die gerade noch eine Krise von ihr entfernt sind.



MARTIN SCHENK

SOZIALEXPORTE DER DIAKONIE ÖSTERREICH & MITBEGRÜNDER DER ARMUTSKONFERENZ

Reden ist Silber



Kommunikation ist für Mitglieder eines Betriebsrats das Um und Auf. Und sie kann sich mitunter schwierig gestalten. Ein Beispiel: In der Kantine werden Gerüchte besprochen, und man selbst wüsste aus einem vertraulichen Betriebsratsgespräch etwas darüber zu sagen. Verführerisch, denn wer beteiligt sich nicht gern am Flurfunk? Manche Menschen erliegen der Versuchung, und das ist verständlich. Wenn man das nicht Klatsch und Tratsch nennt, sondern transparente Kommunikation, klingt es auch gleich viel besser. Ein bisschen was fürs Ego gibt's obendrein, schließlich gelten Menschen, die etwas wissen, meist als interessanter als die, die nichts zu sagen haben. Und am Ende fühlt man sich gleich wichtiger als vorher.

Den Schmerz, etwas sagen zu können, es dann aber nicht auszusprechen, den muss man als Betriebsratsmitglied aushalten lernen. Das Geheimnis zu wahren ist unabdingbar. Die besondere Beziehung zwischen schutzbefohlener Person und Betriebsrat kann nur dann funktionieren, wenn sich alle darauf verlassen können,

dass alles, was gesagt wird, dort bleibt, wo es gesagt wurde. Da muss man gegebenenfalls in Kauf nehmen, dass man als uninformiert gilt – oder als fad. Im schlimmsten Fall wird man selbst Gegenstand von Gerüchten.

Das gilt im Übrigen nicht nur im Einzelfall. Betriebsratsmitglieder sind gut beraten, wenn sie sich sehr genau überlegen, was sie wo kommunizieren. Nicht immer ist es der laute Protest, der zum Ziel führt, nicht immer der G'stellwagen im Gesicht des anderen, der eine Lösung für alle möglich macht. Gerade in Verhandlungen ist das alte „suaviter in modo, fortiter in re“, also der freundliche Ton bei gleichzeitiger sachlicher Härte, angezeigt. Lautes Poltern macht vielleicht die Show, Erfolge kommen jedoch sachlich zustande. Weil aber ein freundlicher Tonfall von außen mit Nachgiebigkeit verwechselt werden könnte, sind geschlossene Türen bei schwierigen Gesprächen im kleinen Kreis oft zielführender.

All das kann natürlich keine Einladung dazu sein, aus Bequemlichkeit zu schweigen. Schlafen ist keine Lösung. Man wird nicht dafür gewählt, dass man es sich im Betriebsratssessel bequem macht, sondern eher fürs Gegenteil: dass man auch dann spricht, wenn es unangenehm wird – und auch dann schweigen kann, wenn Plaudern Erleichterung verschaffen würde. ▀



KONRAD MITSCHKA

arbeitet im Public-Value-Kompetenzzentrum des ORF und ist Betriebsratsmitglied im Bereich Generaldirektion.



Saison auf Kosten des AMS

Das Zwischenparken von Beschäftigten beim Arbeitsmarktservice wird besonders im Tourismus schlagend: 20 Prozent der Kosten für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe gehen auf ihn zurück. Hochgerechnet entspricht das rund 128 Millionen Euro im Jahr. Der Tourismus produziert um 5 Prozent mehr Arbeitslosigkeit als andere Branchen, kritisiert die Gewerkschaft vida und fordert von Arbeitgeber:innen höhere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

An der Alten Donau

Solche Termine hat man doch gern: Für das Interview mit der Band 5/8erl in Ehr'n wählte die A&W-Redaktion den Strand des Wiener Freibads Gänsehäufel an der Alten Donau. In dieser Ausgabe lesen Sie ein Porträt der Musiker:innen. Was sie zu Superreichtum sagen, erfahren Sie im Sommer auf unseren Social-Media-Kanälen!



... Milliarden Euro an Steuerbeiträgen von den 100 reichsten Österreicher:innen hätte die Republik seit 2008 eingenommen, wäre die damals noch bestehende Erbschaftsteuer reformiert worden.



Tragischer Mord an Landarbeitern

In einer süditalienischen Gemeinde kam es im Juni zu einem erschreckenden Brandanschlag auf fünf Landarbeiter. Wie die Bilder einer Überwachungskamera zeigen, wurde ihr Auto an einer Tankstelle von zwei Männern in Brand gesetzt, alle Insassen bis auf einen kamen ums Leben. Es wird gemutmaßt, dass es sich um einen Angriff der Mafia handelte, weil die Arbeiter:innen Lohnforderungen stellten. Bei der Erntearbeit auf europäischen Feldern ist oft die Rede von „moderner Sklaverei“, weil Arbeiter:innen auf unmenschliche Weise ausgebeutet werden.

Wussten Sie ...

... dass der weltbekannte Soziologe Jean Ziegler einst bei einer Konferenz in Genf zwölf Tage lang der Chauffeur von Che Guevara war? Das verriet der Globalisierungskritiker im Jahr 2011 im Interview mit Arbeit&Wirtschaft. Damals sprach er besorgte Themen an, die leider bis heute aktuell sind: etwa die Privatisierung von Wasser oder steigende Nahrungsmittelpreise durch Börsenspekulationen. Im Juni ist der Schweizer Vordenker und Menschenrechtsaktivist im Alter von 92 Jahren verstorben.



FOKUS

SERVUS,
OVERTOURISM!

Ski Pass

Im Reisefieber

Der Sommer bringt für viele Menschen Urlaub, Reiselust und Erholung vom Alltag. Doch für die Beschäftigten im Tourismus bedeutet die Hochsaison vor allem arbeitsintensive Monate. Was die Tätigkeit in der Branche auszeichnet, welche Bedingungen sich unbedingt verbessern müssen und wie sich Massentourismus auf die lokale Bevölkerung und das Klima auswirkt, erfahren Sie in diesem A&W-Fokus.

Die Rechnung, bitte!

16 Im Tourismus prallen Welten aufeinander: Entspannte Urlauber:innen treffen auf Beschäftigte, die trotz Niedriglohn und Stress noch lächeln sollen. Die Vermessung der Branche zeigt, wo ihre Schmerzpunkte liegen und wie Tourismus die österreichische Volkswirtschaft prägt.

Wie viel ist zu viel?

20 Eva Eberhart kennt als vida-Vorsitzende die Probleme der Arbeitnehmer:innen in Hotellerie und Gastronomie. Volkswirt Robert Steiger forscht zum Wandel der Branche angesichts der Klimakrise. Im Interview sprechen die beiden über die Zukunft des Österreich-Tourismus.

Reisen bis zum Kipppunkt

24 Unser Reiseverhalten und der globale Anstieg des Flugverkehrs haben enorme Auswirkungen auf das Weltklima. Die Erderwärmung wiederum verändert Urlaubsgewohnheiten und die Möglichkeiten des Wintertourismus in Österreich. Wohin geht die Reise?

Schmerzlich willkommen

26 Früher warb die Gemeinde Hallstatt aktiv um Tourist:innen. Heute ringt sie um Ideen, die Tausenden Besucher:innen wieder loszuwerden. Das zwiespaltene Verhältnis der Bevölkerung zum Massentourismus und die Grenzen der Regulation zeigen sich beim Lokalausgessen.

Im Abseits

31 Die Fußball-WM in Nordamerika bringt die Arbeitsbedingungen im Tourismus aufs Tapet. In Stadien, Hotels und Restaurants schufteten Menschen, die sich mit ihrem Einkommen kein WM-Ticket leisten könnten. US-amerikanische Gewerkschaften machen indes Druck.



Die Rechnung, bitte!



Tourismus ist in Österreich ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Doch was für uns meist Erholung bringt, ist für die Beschäftigten nicht selten mit Ausbeutung verbunden. Auch globale Krisen und die Teuerung gehen am Tourismus nicht spurlos vorbei.

TEXT ROBERT MISIK

Robert Palaver muss nicht lange nachdenken, wenn man ihn fragt, was er an seinem Beruf liebt. Er mag es, für die Gäst:innen da zu sein: „Zum Beispiel, wenn man ihnen einen Ausflug empfohlen hat und sie dann zurückkommen und es ihnen voll getaugt hat“, sagt der vda-Gewerkschafter in seiner leichten Zillertaler Sprachfärbung, „oder wenn die Gäst:innen in der nächsten Saison wiederkommen und dich wie einen Freund begrüßen.“

Palaver arbeitet an der Rezeption eines Campingplatzes im Zillertal, engagiert sich aber auch als Gewerkschafter und kommt in dieser Funktion in ganz Tirol herum. 350 Stellplätze hat der Cam-

pingplatz, zudem gibt es Apartments und Suiten. Am meisten ist im Sommer und im Winter los, aber es gibt auch Betriebsferien, wenn gerade keine Saison ist. Die Kernbelegschaft – etwa die Hälfte des Personals – ist ganzjährig angestellt, beim Reinigungspersonal gibt es auch viele der für die Branche so typischen Saisonarbeitskräfte.

Diverse Branche

Sofern man überhaupt etwas in dieser Branche als „typisch“ bezeichnen kann, denn je mehr man sich mit dem Tourismus beschäf-



tigt, desto verschwommener wird das Bild: Tourist:innen, das sind Städtereisende, die zum Eurovision Song Contest nach Wien fahren, genauso wie Radfahrer:innen, die durch das Burgenland strampeln, die Reisegruppe aus Korea oder China, die in Bataillonsstärke in Hallstatt im Salzkammergut einfällt, oder Ausflügler:innen, die einen Tagestrip in die Südsteiermark unternehmen.

Und Tourismuswirtschaft, das sind die Stadthotels, die das ganze Jahr voll sind, aber auch die Skigebiete in irgendeiner Talenge, in der nichts los ist, sobald der Schnee schmilzt.

Ebenso vielfältig sind am Ende die Kollektivvertragsverhandlungen im „Tourismus“, denn diese betreffen mehr als 200.000 Beschäftigte in Hotellerie und Gastronomie, und zu diesen zählen Hüttenwirt:innen am Berg genauso wie Kellner:innen in Innenstadtcafés, deren Stammgäst:innen alles Mögliche sind, aber eher keine „Tourist:innen“. Wer dagegen am Skilift als Saisonkraft arbeitet, gehört rein formal nicht in diese Branche, sondern als Beschäftigte:r der Seilbahnen zu den Kolleg:innen vom „Eisenbahnwesen“.

Was sich generell festhalten lässt, ist, dass die Arbeitsbedingungen im Tourismus in der Regel hart sind. Viele Betriebe befinden sich in Regionen, die nicht sehr dicht besiedelt sind – man muss oft zum Arbeitsplatz umziehen.

Vieles ist Saisonarbeit, also eine Beschäftigung, auf der man selten ein ganzes Leben aufbauen will. Wer als Rezeptionist:in anheuert, sieht sich schnell als „Mädchen für alles“, oft ist besonders in der Früh- und Spätschicht am meisten los. Mit der „Freizeit“ dazwischen kann man nicht viel anfangen. Wochenendarbeit ist branchenimmanent. Zwölf freie Sonntage im Kalenderjahr sind laut KV Pflicht. In der Realität kann man sich auf die nicht immer verlassen. Dass Dienstpläne langfristig festgelegt werden sollten, ist vielerorts totes Recht, das nur auf dem Papier besteht. Je kleiner das Unternehmen, umso geringer die Wahrscheinlichkeit, dass es einen Betriebsrat gibt. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Tourismus haben Migrationshintergrund, die Einkommen zählen zu den niedrigsten überhaupt.

Nicht zuletzt begegnet sich die arbeitende Bevölkerung im Tourismus in verschiedenen Rollen: Die einen arbeiten in der Branche, die anderen suchen Erholung vom Arbeitsleben. Was für die „Kund:innen“ Erholung ist, ist aber für diejenigen, die ihnen eine schöne Zeit bereiten, oft mit Ausbeutung und Prekariat verbunden.

Nächtigungen in Österreich 2025

Quelle: Statistik Austria



Wie sich Urlaubsgewohnheiten ändern, weiß Reiseautor Martin Amanshauser: Nachhaltigkeit, der Norden und „Einsamkeitstourismus“ würden im Trend liegen.

Keine Einzelfälle

Dabei sind das Reisen und die Freizeit ja genau das, was das Leben schön macht. Aber manchmal liegen das Hässliche und das Schöne nah beieinander. „Ich war schockiert“, sagt Gewerkschafter Palaver über den Fall, der vor einiger Zeit für Schlagzeilen sorgte: Vorgesetzte des Interpalpenhotels in Telfs haben Berichten des Investigativmagazins „Dossier“ zufolge Lehrlinge sexistisch und rassistisch beleidigt und körperlich attackiert. Am Ende wurde der Küchenchef entlassen. Gerade eben flogen bei einem Hotel in Landeck illegale Beschäftigung und mutmaßlicher Menschenhandel auf. Erstaunlich oft gibt es „Einzelfälle“, die die Branche nicht nur in ein düsteres Licht rücken, sondern eine Spirale in Gang setzen: Je schlechter der Ruf, desto schwerer ist es, neue Mitarbeiter:innen zu finden – und umso mehr Stress haben die Beschäftigten.

Dabei ist der Tourismus auch die Visitenkarte der Nation. Im Juli 2023 etwa gab die Popsängerin P!nk, die US-amerikanische Songwriterin mit 50 Millionen verkauften Alben, in Wien ein Konzert. Die Mountainbikes ihrer Familie wurden gestohlen, aber ein niederösterreichisches Start-up bot spontan Hilfe an. So konnte sie mit Mann und Kindern doch noch einen herrlichen Österreich-Urlaub machen: „Wachau Valley Vine Region“, postete sie auf ihrem Instagram-Account und kam ins Schwärmen: „Danube River beauty“, „incredible Day“. Den Tag ließ sie mit „Riesling“ ausklingen. 470.000 Likes gab es dafür. Das ist Tourismus-Werbung, die unbezahlbar ist. Niederösterreich verkündete gerade, das Bundesland wolle „Radeldorado“ werden.



Tourismus, das ist ein Wirtschaftszweig, aber auch mehr als das: Unternehmen wir eine Reise, steigen wir aus dem Alltag aus. Im besten Fall erweitern wir sogar unseren Horizont. Bei Freizeiterlebnissen laden wir unseren Akku auf, wie man das gerne ausdrückt. All das, der Erlebnischarakter, der kleine Luxus, das lässt sich in ökonomische Begriffe fassen, geht aber auch über das bloß Ökonomische hinaus.

Die Geschichte des Urlaubs ist laut Historiker:innen wie Selina Todd oder Eric J. Hobsbawm eine Geschichte des Aufstiegs der arbeitenden Klassen: Kaum hatten Gewerkschaften bessere Löhne und gesetzliche Freizeit durchgesetzt, begannen die Arbeiter:innen, in die Ferien zu fahren. Die Sozialgeschichte des Urlaubs ist auch eine Geschichte vom Aufstieg des einstigen „Proletariats“ in die Mittelklasse. Der „Urlaub“, das ist auch der Ausbruch aus der rein materiellen Existenz.

Andererseits ist der Tourismus eine Branche, die zentral ist für die österreichische Wirtschaft. Laut Studien der Arbeiterkammer arbeiten dort aber auch besonders viele Beschäftigte im Niedriglohnsegment. So zeigten Untersuchungen der AK Wien, dass im Jahr 2024 „bei rund sieben Prozent der unselbstständig Beschäftigten (rund 240.200 Personen) der Bruttostundenlohn unter dem Niveau von 13,46 Euro pro Stunde und bei rund 14 Prozent (rund 452.900 Personen) unter dem Niveau von 15,14 Euro pro Stunde lag“. 2.250 Euro brutto für Vollzeit oder noch weniger seien dabei im Tourismus „besonders häufig“. Umstritten ist sogar der Beitrag des Tourismus zur Wirtschaftsleistung. Mal ist von rund 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu lesen, mal von 5,6 Prozent, mal von 7,3 Prozent. Sind all diese Berechnungen also reiner Voodoo?

Eine Frage der Definition

Oliver Fritz ist vielleicht der beste Kenner der makroökonomischen Bedeutung des Tourismus für Österreich, und er kommt, stellt man ihm diese Frage, gleich ins Sprudeln: „Die Zahlen wer-

den sehr gerne falsch interpretiert“, sagt der Forscher des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO. Rechnet man alles zusammen, also die Einnahmen aus Gastgewerbe, Bewirtung, Hotellerie, Unterbringung sowie der gesamten Freizeitwirtschaft in Österreich und addiert dazu noch die Vorleistungen (etwa der Bäckereien, die an die Hotels ihre Semmeln liefern), dann kommt man auf einen Anteil von 14 Prozent der Gesamtwertschöpfung oder mehr. Zu bedenken ist aber: Der Zillertaler Schüler, der einen Tag Ski fahren geht, ist genauso wenig ein Tourist, wie der Wiener Professor, der in seinem Stammcafé das Mittagmenü einnimmt und die Tageszeitung liest.

„Wo ich fremd bin, bin ich Tourist, und das bin ich auch in Krems“, lacht Fritz. „Wir können etwa rechnen, dass fast 100 Prozent der Hotelgäst:innen anderswoher kommen. In der Gastronomie sind es eher rund 50 Prozent.“ Ist angesichts von steigenden Preisen und Reallohnverlusten der Urlaub der neue Luxus? „Nein“, sagt Oliver Fritz, „der Urlaub war früher Luxus, heute investiert ein Großteil der Bevölkerung das Geld, das übrig bleibt, in den Urlaub.“ Aber: „In den letzten Jahren sind die Menschen sparsamer geworden.“ Deswegen ist der Tourismus auch nicht mehr die Konjunkturlokomotive, die er einmal war.

Die aktuellen Weltkrisen sind ein zusätzliches Unsicherheitspotenzial für den Tourismus. Was, wenn die Fernreisenden ausbleiben, weil das Kerosin knapp und Flugreisen teurer werden? „Dann wird das womöglich durch Gäst:innen aus Deutschland ausgeglichen, die Reisen nach Tunesien oder Bali bleiben lassen und dafür nach Österreich kommen.“ Tourismus hat für das gesamtösterreichische BIP eine große Bedeutung, aber die größte Bedeutung hat er für die Regionen. Fritz: „Er findet sehr oft dort statt, wo es wenig Industrie gibt. Ohne ihn wäre die regionale Ungleichheit größer. Manche Gegenden wären regelrecht entvölkert.“ Und besonders die entlegenen Gebiete werden gerade wieder zum Sehnsuchtsort.

Neue Vorlieben

Reisen ist aber auch Arbeit, das fängt schon bei der Dienstreise an. Und für manche ist Reisen auch ein Beruf, etwa für Martin Amanshauser, Reiseautor und -journalist. Gerade hat er sein neues Buch herausgebracht: „Halbwegs vollständiges Reisehandbuch“ heißt es selbstironisch. „Das Reisen verändert sich, und die Corona-Pandemie war ein Schub“, sagt er. „Die Tourismusindustrie versorgt uns ja mit organisierter Gleichförmigkeit, indem sie vielen Tausenden Menschen dieselben Erlebnisse anbietet, zugleich verkauft sie das als ‚Einzigartigkeit‘.“

Immer mehr Menschen setzen heute auch auf Nachhaltigkeit, und es boomt das, was Amanshauser den „Einsamkeitstourismus“ nennt – etwa wenn Paare sich ein Chalet mieten oder ein Baumhaus. Ein anderer langfristiger Effekt von Corona: der Boom der Wohnmobile; und immer mehr Menschen fahren in den Norden statt in den Süden. Amanshauser führt buchstäblich ein Leben „an der Grenze“, und in seinem Buch hat er lustige Geschichten über schnarchende Busreisende oder nervige Businessreisende zu erzählen und gibt wertvolle Tipps: „Soll man eigentlich früh buchen wie in den Nullern oder möglichst spät wie in den Neunzigern?“

Amanshauser hat noch etwas anderes herausgefunden: Die Reise ist seit jeher eher als Mühsal angesehen worden, erst in neuerer Zeit als Erholung. Das Wort „reisen“ ist etymologisch mit „Aufbruch“ bzw. „Erhebung“ verbunden und verweist auf „Kriegszüge“. Das englische „travel“ stammt vom französischen „travailler“, also „arbeiten“. Das althochdeutsche „urloub“ wiederum meinte nichts anderes als die Erlaubnis, sich temporär von seinem Arbeitsplatz entfernen zu dürfen, etwa wenn ein:e nahe:r Angehörige:r verstorben ist. Es war bis vor wenigen Jahrhunderten selbst für Könige mühselig, sich von ihrem Heimatort zu entfernen. Einfache Leute gingen höchstens zu Fuß auf die Walz – oder sie wanderten aus, um anderswo bessere Arbeitsstellen zu finden.

Arbeitsbedingungen verbessern

Womit sich auf bizarre Weise der Kreis zur Gegenwart schließt. „Die Tourismusbetriebe beklagen einen Facharbeiter:innenbedarf, aber im Grunde brauchen sie zumeist keine Fachkräfte, sondern einfach billige Arbeitskräfte. Und deshalb favorisieren sie Arbeitnehmer:innen aus dem Ausland“, sagt Silvia Hofbauer, Arbeitsmarktpertin bei der Arbeiterkammer. Und längst reicht der Zuzug aus den EU-Mitgliedsländern nicht mehr aus, weshalb der Markt für Saisoniers immer mehr geöffnet werden soll. „Dabei ist der Arbeitskräftemangel auch hausgemacht.“

Manche Dinge sind branchenimmanent, sagt Hofbauer, etwa das hohe Maß an Wochenendarbeit oder die Abhängigkeit von der Saisonarbeit. Wer eine:n Partner:in oder Familie hat, für den:die ist es nicht attraktiv, in Tourismusregionen zu arbeiten und die ganze



„Tourismusbetriebe beklagen den Facharbeiter:innenbedarf, wollen aber einfach billige Arbeitskräfte“, sagt AK-Arbeitsmarktpertin Silvia Hofbauer.

Saison nicht nach Hause zu kommen. Verlässliche Dienstpläne und Freizeit sowie bessere Bezahlung würden helfen – eine gute Unterkunft auch.

„Uns wird von Unternehmer:innen berichtet, die offen sagen: ‚Die Österreicher:innen kann ich nicht nehmen, die gehen nicht zu dritt ins Gemeinschaftszimmer‘“, erzählt Hofbauer. Arbeitslose ohne direkte Betreuungspflichten müssen auch eine Stelle annehmen, bei der eine Unterkunft im 5-Bett-Zimmer zur Verfügung gestellt wird. Wer die Übersiedlung ablehnt, wird vom AMS vom Geldbezug für sechs Wochen gesperrt. Aber, so Hofbauer: „Das Berufsleben funktioniert doch nur, wenn es für beide Seiten einigermaßen zufriedenstellend ist.“ Die Unternehmen müssten sich mehr anstrengen. Es könnten auch mehr Stellen in Ganzjahresposten umgewandelt werden, „indem man die Beschäftigten in der Zwischensaison in Fortbildungen schickt, gerade im Tourismus sind Sprachen beispielsweise wichtig“.

Das sieht auch der Gewerkschafter Robert Palaver am Tiroler Campingplatz so. „Dass man bei den KV-Verhandlungen bisher nicht einmal einen Inflationsausgleich anbietet, das geht nicht. Zumindest der Ausgleich der Inflation muss möglich sein“, sagt er. Wenn man nur eine Spur über KV bezahlen würde, wenn man sich auf die zwölf arbeitsfreien Sonntage im Jahr verlassen könnte, dann fände man auch leichter dauerhaft Personal, ist sich Palaver sicher. Er und seine Kolleg:innen bekommen seit knapp zwei Jahren einen „Wochenendbonus“. Und solche Benefits braucht es dringend. Gerade die junge Generation findet die Branche nicht mehr sonderlich attraktiv. „Unser Chef hat vor allem nach Corona zeitweise nicht mehr gewusst, wo er die Leute herbekommen soll.“ ▀

Wie viel ist zu viel?



Tourismus ist ein zentraler Pfeiler der österreichischen Volkswirtschaft. Welche Arbeitsbedingungen die Beschäftigten in der Branche in Kauf nehmen und wie die Klimakrise den Sektor verändert, wissen die Tourismusexpert:innen Eva Eberhart und Robert Steiger.

INTERVIEW SARAH KLEINER, RICHARD SOLDER



Der Tourismus bringt Österreich jährlich viele Einnahmen und Gäst:innen ins Land, aber auch immense Probleme mit sich – für die Umwelt und die Arbeitnehmer:innen in der Branche. Eva Eberhart und Robert Steiger wissen Bescheid: Während Eberhart als Präsidiumsmitglied der Gewerkschaft vida und Vorsitzende des Fachbereichs Tourismus vor allem die Beschäftigten im Blick hat, legt der an der Universität Innsbruck forschende Steiger den Fokus auf die Entwicklung des Tourismus, vor allem in Anbetracht des Klimawandels.

Arbeit&Wirtschaft: Die Sommersaison startet. Tourismus ist wichtig für die österreichische Volkswirtschaft, aber auch eine Belastung für Umwelt, Einheimische und die Beschäftigten in der Branche. Wie viel Tourismus muss sein?

Eberhart: Das Phänomen Massentourismus betrifft in erster Linie Länder im Süden, wie etwa Spanien, aber auch hier in

Robert Steiger, Volkswirt und assoziierter Professor am Institut für Finanzwissenschaft der Universität Innsbruck, forscht zu nachhaltiger Tourismusentwicklung, Regional- und Verhaltensökonomie.

Österreich bemerken wir es, zum Beispiel in Salzburg oder Hallstatt. Am Anfang steht die Frage: Ab wann ist Tourismus „Overtourism“, also ab wann ist es zu viel? Während der Corona-Lockdowns konnte man einige Städte in Österreich zum ersten Mal ohne Tausende von Tourist:innen, überlastete Mitarbeiter:innen und das immense Verkehrsaufkommen sehen. Vor allem im Wintertourismus, wo Österreich ebenfalls Spitzen erlebt, werden wir in den kommenden Jahren wegen des Klimawandels auf neue Konzepte angewiesen sein.

Robert Steiger: „Overtourism“ muss man aus unterschiedlichen Perspektiven betrachten: aus jener der Tourist:innen selbst, der Einheimischen und der Arbeitnehmer:innen. Es ist schwer bis unmöglich, hier wirklich akzeptable Grenzen zu definieren. Das hängt stark vom jeweiligen Ort und von der Art der Gäst:innen ab. Tourismus ist immer eine Managementfrage. Wie viel öffentlichen Raum nehmen die Gäst:innen ein? Am Beispiel Hallstatt sieht man gut, dass das zentrale Problem das Eindringen in die Privatsphäre ist.

Den Verantwortlichen in Hallstatt sind teils auch die Hände gebunden. Gibt es internationale Vorbilder, die Massentourismus gut bewältigen und steuern?

Eberhart: Mit Blick ins Ausland ist die entscheidende Frage, inwieweit sich das managen lässt. In Barcelona haben die Leute gestreikt und große Demonstrationen veranstaltet. Auch in Orten wie Kitzbühel können sich die Beschäftigten in Hotellerie und Gastronomie teilweise keine Wohnung an ihrem Arbeitsort leisten, und auch die Preise in den Supermärkten sind extrem hoch. Massentouristische Gegenden sind teilweise kaum noch bewohnbar.

Eva Eberhart, vda, Betriebsratsvorsitzende bei NORDSEE und Vizepräsidentin des Tourismussektors beim Europäischen Verband der Landwirtschafts-, Lebensmittel- und Tourismusgewerkschaften (EFFAT).

An welchen Stellschrauben können Gemeinden drehen, um mit Massen von Gäst:innen umzugehen?

Steiger: Indem sie zum Beispiel Wohnraum für Ortsansässige schaffen. In einigen österreichischen Gemeinden gibt es Programme dafür, zum Teil unterstützt durch die Bundesländer. Dann sollten wir über alle möglichen Arten von Bepreisungen nachdenken, mit denen man eine zu hohe Nachfrage regulieren kann. Der Parkplatz an der Bergbahn kann etwa fünf oder zehn Euro kosten, einer außerhalb ist gratis, ein Shuttlebus fährt zum Skigebiet. Dadurch entzerrt man den Verkehr, und mit den Einnahmen kann der öffentliche Nahverkehr gestärkt werden. Im Ötztal gibt es etwa so ein Projekt. Davon hat dann die einheimische Bevölkerung etwas.

Ganz generell hängt die Wahrnehmung von Tourismus davon ab, welchen Nutzen die Menschen vor Ort davon haben. Ein Ziel müsste daher immer sein, möglichst viele Ortsansässige zu involvieren. Das hängt dann mit dem Lohnniveau zusammen: Ist das ausreichend hoch, damit man Ortsansässige für den Tourismus gewinnen kann? Dafür braucht es wiederum eine hohe Wertschöpfung durch die Gäst:innen, um höhere Löhne zahlen zu können.

Eberhart: Wir als Gewerkschaft wissen, dass selbst wenn die Wertschöpfung steigt, die Reallöhne oftmals leider nicht höher werden.

Tourismus wird immer als wichtiger Konjunkturmotor für Österreich dargestellt. Während aber laut WIFO-Analysen die



Zahl der Ankünfte und Nächtigungen steigt, nimmt die reale Wertschöpfung in Beherbergung und Gastronomie stärker ab, als es dem generellen Wirtschaftsschwung entsprechen würde.

Steiger: Genau, Österreich braucht nicht mehr Gäst:innen, sondern mehr Wertschöpfung pro Tourist:in – Qualität statt Quantität. Die Frage ist: Wie schafft man es, dass Gäst:innen mehr Geld ausgeben? Und da wandert der Blick in Richtung Fernmärkte. Vor allem bei Gäst:innen aus den USA, Indien oder China besteht Potenzial, wobei man aus Klimasicht sagen muss, dass eine Anreise aus Asien oder den USA um ein Vielfaches mehr CO₂-Emissionen verursacht als aus bestehenden Herkunftsmärkten wie Deutschland oder Italien. Die Schäden müsste man gegenrechnen mit höheren Tagesausgaben. Da muss man genauer hinschauen, um wie viel mehr Wertschöpfung solche Märkte wirklich bieten.

Eberhart: Regelmäßig werden Rekordumsätze in Hotellerie und Gastronomie betont, Tourismus ist der größte Export-Dienstleistungssektor in Österreich. Doch die Arbeitsbedingungen sind nicht besonders gut. Die Beschäftigten bleiben im Schnitt nur 33 Monate in der Branche, im Vergleich zu 73 Monaten im Durchschnitt aller Branchen. Durch die Ausweitung der Rot-Weiß-Rot-Karte soll jetzt Arbeitnehmer:innen aus Drittstaaten der Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Aber wenn der Tourismus Arbeitskräfte braucht, sind bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung notwendig.

Was hören Sie über die Arbeitsrealität von Beschäftigten?

Eberhart: Sie klagen, dass der Verdienst sehr niedrig und der psychische und physische Druck enorm hoch ist. Die Arbeitszeiten



„Wenn der Tourismus Arbeitskräfte braucht, sind bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung notwendig“, ist Eva Eberhart überzeugt.

erlauben kaum ein Familienleben oder eine Work-Life-Balance, man arbeitet oft abends und am Wochenende, muss flexibel sein und einspringen, wenn jemand krankheitsbedingt ausfällt. Kellner:innen tragen schnell mal bis zu sieben Krüge Bier auf einmal, mit einer Hand – das ist nicht nur auf Dauer extrem schwer, sondern geht auf Hüften, Knie und den Oberkörper. Und am Ende des Tages können sich die meisten dann mit dem Lohn nicht mal ein einfaches Leben leisten. Die Tourismusbranche hat den niedrigsten mittleren Jahresverdienst, 2023 waren es rund 15.200 Euro brutto im Jahr!

Steiger: Und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Manche Tourismusgemeinden haben es geschafft, die Öffnungszeiten der Kindergärten zu verlängern. Große Hotelbetriebe haben zum Teil eine eigene Kinderbetreuung für die Mitarbeitenden, aber das können sich auch nur große Häuser leisten, wo das über eine höhere Zahlungsbereitschaft von den Gäst:innen querfinanziert wird. Das schafft ein Familienbetrieb im Drei-Sterne-Bereich nicht.

Eberhart: Kürzlich hat mir ein Arbeitnehmer aus Ischgl erzählt, er habe jetzt den besten Job, weil er in einem Bergrestaurant arbeitet und die letzte Seilbahn um 17:00

Uhr runter ins Tal fährt – so hat er dann immer um die Zeit Feierabend. Und er hat gesagt, er habe die beste Dienstwohnung, weil er ein 11-Quadratmeter-Zimmer für sich alleine hat. Früher war er zu zweit, zu dritt im Zimmer. Das ist die Arbeitsrealität vieler Menschen.

Wie wäre ein so dringend nötiger Paradigmenwechsel im österreichischen Tourismus möglich?

Steiger: Es braucht eine politische Vision: Wo will Österreich hin in Sachen Tourismus? Dann gilt es, Akteur:innen mit Entscheidungsmacht in die Pflicht zu nehmen. Wir sagen seit 20, 30 Jahren, der Tourismus und die Gesellschaft müssen nachhaltiger werden, und wir sehen jetzt immer mehr Orte, die sich um das österreichische Umweltzeichen für Destinationen bewerben. „Paradigmenwechsel“ ist ein großes Wort, aber wir beobachten Schritte in die richtige Richtung.

Wie wirkt sich der Klimawandel auf den Wintertourismus aus?

Steiger: Einige Skigebiete könnten wegfallen, was bedeuten würde, dass sich bei stabiler Nachfrage die gleiche Anzahl von

Gäst:innen auf weniger Destinationen aufteilt. Das kann Probleme in Richtung „Overtourism“ verstärken.

Für die verbliebenen Destinationen stellt sich die Frage: Wie geht man mit dem Nachfragezuwachs um? Baut man Kapazitäten aus, um mehr Gäst:innen aufnehmen zu können, oder versucht man, die gesteigerte Nachfrage über höhere Preise abzufedern, was wieder auch die Einheimischen treffen kann.

Eberhart: Kürzlich wurde der Österreichische Innovationspreis Tourismus verliehen, ich war Teil der Fachjury. Hotels bewarben sich mit ihren modernen Energiekonzepten oder ihrem Bio-Speiseplan. Nur ein einziges Hotel hat Nachhaltigkeit auch als soziale Nachhaltigkeit und nicht nur als ökologische Innovation betrachtet. Dieses Hotel beteiligt die Mitarbeiter:innen am Gewinn, beschäftigt vorwiegend Personal aus der Region, beliefert einen nahe gelegenen Kindergarten mit Mittagessen und vieles mehr. Sie haben den zweiten Preis gewonnen. Soziale Nachhaltigkeit, also der Mensch, bleibt im Gegensatz zum Profit leider oft auf der Strecke.

Welche Rolle spielt denn Nachhaltigkeit generell bei der Wahl des Urlaubsziels? Inwieweit berücksichtigen Gäst:innen solche Siegel?

Steiger: Das spielt für 40 bis 60 Prozent der Befragten eine Rolle, so suggerieren es zumindest Umfragen. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich allerdings, dass es letztendlich nicht das Hauptentscheidungskriterium ist, weshalb Gäst:innen einen Betrieb oder eine Destination wählen. Viele wollen nicht mehr Geld für Nachhaltigkeit ausgeben. Im Tourismus sind Produkte leicht austauschbar. Stehen aber zwei ähnliche Unterkünfte oder Destinationen zu Wahl, dann kann Nachhaltigkeit der ausschlaggebende Wett-



„Österreich braucht nicht mehr Gäst:innen, sondern mehr Wertschöpfung pro Tourist:in – Qualität statt Quantität“, sagt Robert Steiger.

bewerbsvorteil sein. Generell sind solche Vorlieben nichts, was sich in zwei, drei Jahren ändert, das braucht Generationen. Die jüngere Bevölkerung legt schon mehr Wert darauf, das heißt, es wird den Markt langsam, über Jahre hinweg verändern.

Die Gewerkschaft vida hat im Zuge der Kollektivvertragsverhandlungen ein Siegel vorgeschlagen, mit dem redliche Betriebe ausgezeichnet werden sollen. Warum braucht es das?

Eberhart: Wir beobachten Betriebe, die Mitarbeitende falsch, zu spät oder gar nicht anmelden. Überstunden, Weihnachts- oder Urlaubsgeld werden oft nicht ausbezahlt. Uns sind Arbeitsverträge untergekommen, in denen steht, Beschäftigte sollen 60 Stunden pro Woche arbeiten und dafür 1.680 Euro brutto im Monat bekommen. Auch bei der Rot-Weiß-Rot-Karte ist das ein Thema: Mitarbeiter:innen aus China, Bangladesch, Nepal oder der Türkei wissen oft nicht, dass überhaupt ein KV existiert bzw. was eine Gewerkschaft und was die Arbeiterkammer ist. Das nutzen Arbeitgeber:innen aus. Außerdem arbeiten viele mit manipulierten Registrierkassen. Auch das sogenannte „Zwischenparken“

von Arbeitnehmer:innen beim AMS ist ein großes Problem: Da, wo es möglich ist, sollten Betriebe in den Ganzjahresbetrieb wechseln. Außerdem gibt es die Möglichkeit, Mitarbeiter:innen außerhalb der Saison in Weiterbildungen zu schicken – Sprachkenntnisse sind beispielsweise im Tourismus sehr nützlich. Wir wollen ein Gütesiegel für jene Betriebe, die Vorbilder für die ganze Branche sind, indem sie gute Arbeitsbedingungen schaffen.

Eine Maßnahme gegen Abgaben- und Sozialbetrug also. Wie findet man die redlichen Betriebe?

Eberhart: Wir haben da ein ziemlich gutes Kontrollsystem, das heißt Betriebsrat. Durch die Betriebsräte haben wir Einblick in die realen Arbeitsbedingungen, in die Dienstpläne, in Abrechnungen, wir können erfahren, ob Ruhezeiten eingehalten werden, ob es eine Betriebsvereinbarung gibt. Gute Arbeitsbedingungen sind eine Anerkennung der Mitarbeitenden, aber auch der Gäst:innen. Und Letztere merken, ob es eine hohe Personalfuktuation gibt oder nicht. Mitarbeitende und ihre Zufriedenheit tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg im Tourismus bei. ▀

Reisen bis zu

Entspannen, andere Kulturen und Bräuche kennenlernen, die Seele baumeln lassen: Die Arbeiter:innenbewegung hat sich ihr Recht auf Erholung hart erkämpft. Dass der arbeitende Mensch von Zeit zu Zeit eine Pause braucht, ist dabei ebenso eine Tatsache, wie dass Tourismus enorme Aus-

Unser Reiseverhalten...

URLAUBSREISEN DER ÖSTERREICHER:INNEN:

2004: 13,2 Millionen

2024: 27,5 Millionen

+108,6 %

KURZURLAUBE MIT

MAX. DREI ÜBERNACHTUNGEN:

2004: 5,36 Millionen

2024: 14,43 Millionen

+169,2 %

... befeuert den Klimawandel...

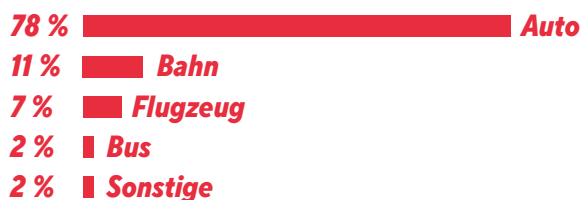
90%

der Treibhausgase entstehen beim Reisen durch Verkehr

96 Mio.

Flugreisen gab es weltweit im Jahr 2023

Wie kommen Österreicher:innen ans Urlaubsziel?



15 K



am Kipppunkt

wirkungen auf die Umwelt hat – und das auf diverse Arten: Einerseits wirkt sich das Reise- und Flugverhalten der Österreicher:innen auf die weltweite Treibhausgasbilanz aus, andererseits macht sich die Erderwärmung für die Tourismusion mit weniger Schnee in Skigebieten bemerkbar.



... und der Klimawandel verändert das Reisen

50 %
des **Tourismusaufkommens**
entstehen **in Österreich**
im **Winter**

ÖSTERREICH
KÖNNTE BIS 2070
20 %
SEINER
SKIGEBIETE
VERLIEREN

DAUER DER SKISAISON MIT NATURSCHNEE:

1981-2010:	rund 80 Tage
2021-2050:	rund 65 Tage
2041-2070:	44 bis 56 Tage
2071-2100:	19 bis 45 Tage



454 KG CO₂ PRO KOPF

KG CO₂ PRO KOPF UND FAHRT

Schmerzlich willkommen



Hallstatt wollte einmal, dass die Welt kommt: Vor 40 Jahren warb die Gemeinde aktiv um Aufmerksamkeit, heute weiß sie nicht mehr, wie sie die Welt wieder loswerden soll.

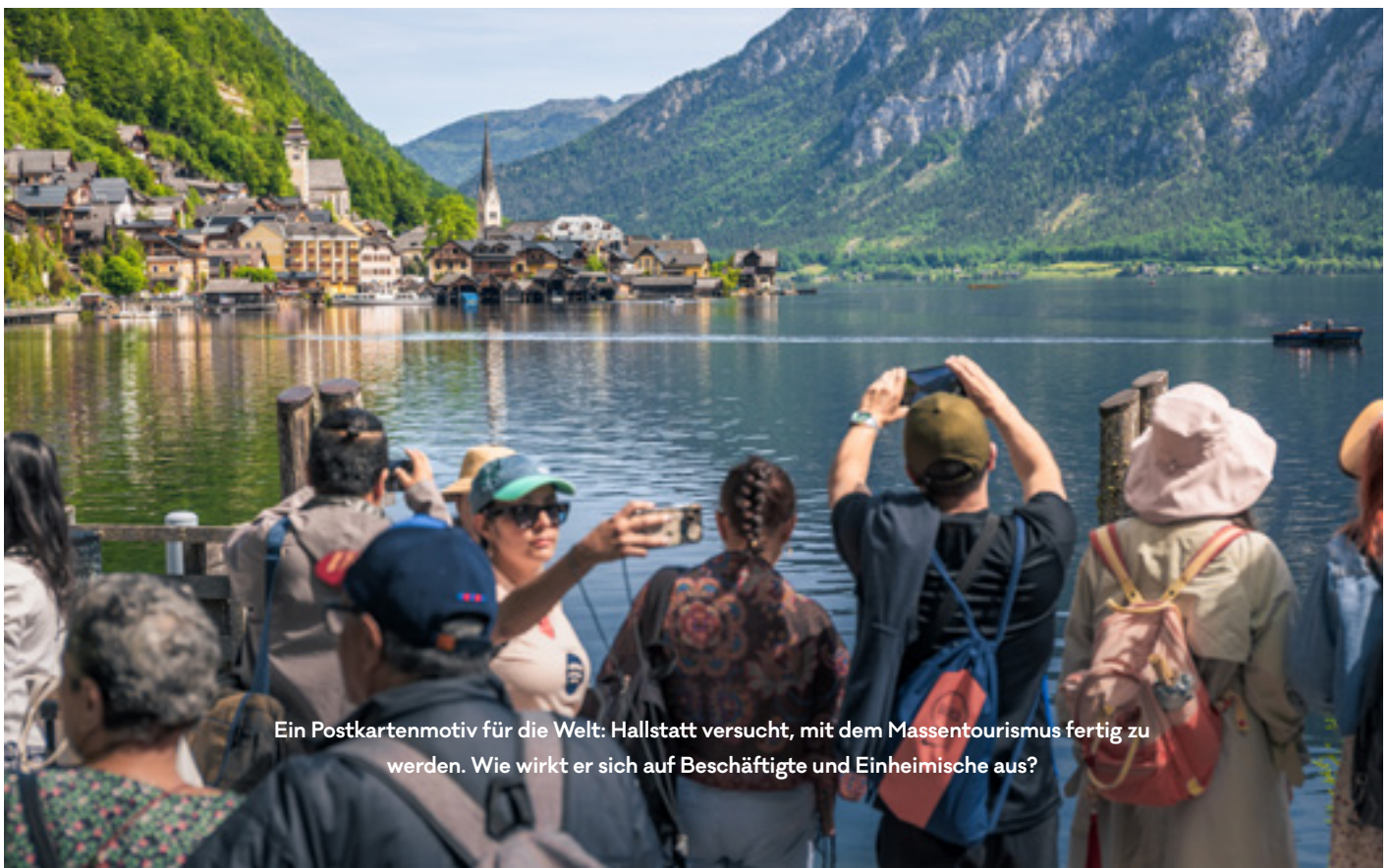
TEXT SANDRA GLONING

Guten Morgen“, „Ach, hallo!“, „Plaudern wir später“: Spaziert man mit Amtsleiter und Gewerkschafter Frank Höll durch seinen Heimatort Hallstatt, so wird man von allen Seiten angesprochen. Höll ist 61 Jahre alt und lebt seit seiner Geburt in dem Ort im Salzkammergut, der auf der ganzen Welt bekannt ist. Die kleine oberösterreichische Gemeinde hat nur rund 750 Einwohner:innen. Berühmt ist sie vor allem als Tourismusattraktion.

Zwischen den eindrucksvollen Gipfeln des Dachsteinmassivs und dem klaren Hallstätter See reihen sich in maximal drei Reihen Traditionshäuser aneinander. Es ist ein Postkartenmotiv, das

so berühmt ist, dass das UNESCO-Kulturerbe in China 1:1 nachgebaut wurde – bis hin zu den Speisekarten in den Lokalen. Millionen TikTok-Videos aus aller Welt empfehlen einen Besuch, geben Tipps, schwärmen von Hallstatt. Und genau diese Topografie ist Fluch und Segen für die Gemeinde. Denn sie macht eine Lösung des ausgewachsenen Tourismus-Problems fast unmöglich.

Bis zu 12.000 Personen schieben sich zu den Höchstzeiten durch die zentrale Seestraße – pro Tag. 1,3 Millionen sind es im Jahr – viele davon Tagesbesucher:innen, die nur für ein Foto kommen und wieder abreisen. Die Gäst:innen im größten Hotel vor



Ein Postkartenmotiv für die Welt: Hallstatt versucht, mit dem Massentourismus fertig zu werden. Wie wirkt er sich auf Beschäftigte und Einheimische aus?

Ort, dem Heritage Hotel Hallstatt, kommen aus der ganzen Welt, im Vorjahr waren 144 Nationen vertreten. Das Gemeindegebiet erstreckt sich nur über rund 60 Quadratkilometer, die Tourist:innenzahl pro Einwohner:in ist damit eine der höchsten in Europa, weit höher als in anderen Hotspots des Massentourismus wie Dubrovnik oder Venedig.

Das war nicht immer so: „Vor rund 40 Jahren gab es einen Appell an die Medien, man solle doch Hallstatt besuchen kommen“, erzählt Frank Höll und schmunzelt. „Jetzt wünschen sich viele, dass das Interesse an unserem Ort wieder abnimmt.“ Auch 2016 war die Lage noch erträglich. Viele Bewohner:innen würden sich den Besucher:innenstand von damals mit rund 6.000 Tourist:innen pro Tag zurückwünschen. Ein Großteil der Hallstätter:innen lebt vom Tourismus, und die Belastung ist spürbar angestiegen.

Tourist:innen fotografieren in Häuser hinein, stehen in privaten Vorgärten herum, stellen sich bei Regen in der Kirche unter und blockieren Straßen, weil die Schlangen vor den Geschäften und Lokalen viele Meter lang sind. Die Anzahl der Busse, die in den Ort fahren dürfen, wurde vor einigen Jahren bereits reduziert. Waren es davor noch mehrere Hundert, die täglich haltmachten, müssen Unternehmen nun über eine Website Zeitfenster für den Aufenthalt buchen. Mehr als 60 oder 70 pro Tag dürfen es nicht sein. Manche Busse kommen aber trotzdem, bleiben stehen und lassen Leute aussteigen, bevor man sie wegschicken kann.

Lebensqualität erhalten

Der parteiunabhängige Verein Bürger für Hallstatt sitzt seit 2014 mit mehreren Mandaten im Gemeinderat und kämpft dafür, dass der Ort lebenswert bleibt. Er fordert eine Besucher:innenbeschränkung und machte 2023 mit einer ungewöhnlichen Aktion auf sich aufmerksam: Rund 100 Hallstätter:innen setzten sich auf die einzige Zufahrtsstraße und blockierten sie für rund 15 Minuten – ein stiller, aber unmissverständlicher Protest.

„Wenn mehr als 10 Prozent der Bevölkerung in so einem kleinen Ort ihren Unmut kundtun, dann ist das ein sehr deutliches Zeichen“, erklärte Friedrich Idam, Mitglied der Bürger:innenliste, damals im Interview mit dem „Standard“. Inzwischen will er sich in den Medien nicht mehr äußern. Die Interviewanfrage von Arbeit&Wirtschaft lehnt er ab. Seine Begründung: „Die Berichterstattung über den Overtourism in Hallstatt verschärft unser Problem zusätzlich. Qualitätstourist:innen, die länger bleiben würden, werden abgeschreckt, die Massen angezogen.“ Idam ruft dazu auf, von der Berichterstattung Abstand zu nehmen.

2023 meldete sich die damalige Tourismusstaatssekretärin Susanne Kraus-Winkler (ÖVP) zur Causa Hallstatt zu Wort – und ließ kein gutes Haar an der Gemeinde. Sie sprach sich für ein Ticketssystem wie in Venedig aus und teilte gleichzeitig aus: Hallstatt habe die Lenkung der Tourist:innenmassen schlicht verschlafen. Bürger-



„Viele wünschen sich, dass das Interesse an Hallstatt wieder abnimmt“, weiß Amtsleiter Frank Höll.

meister Alexander Scheutz (SPÖ) reagierte „empört und verärgert“. Der öffentliche Schlagabtausch ist vielleicht das deutlichste Zeichen dafür, wie emotional das Problem inzwischen ist.

Praktikable Lösungen zu finden gestaltet sich vor allem aus logistischen Gründen schwierig: Durch die Position zwischen See und Berg gibt es keine Ausweichstrecke, der Verkehr muss über die Seestraße durch Hallstatt. Es gibt keinen Platz für Umfahrkonzepte. Indes versucht man, die Bürger:innen anderweitig zu unterstützen. Hallstatt gehört dank der Einnahmen aus Tourismus, Parkgebühren, Kurtaxen, öffentlichen Toiletten und Bussen zu den reichsten Gemeinden Österreichs. Bis zu 14,50 Euro zahlt man pro Tag fürs Parken, in Venedig oder Salzburg sind es etwa 30 Euro. Die Preise weiter zu erhöhen hält Höll trotzdem für sinnlos: „Wir haben gelernt, dass finanzielle Abschreckung nicht funktioniert. Die Besucher:innen kommen trotzdem. Und ums Geld geht es uns als Gemeinde nicht mehr“, sagt er.

Versuchte Privatsphäre

Auf dem Weg durch den Ort weist er auf Schilder hin: gegen den Einsatz von Drohnen, Hinweise zur Lärmbelästigung und zu Ruhezeiten. Die Drohnen, mit denen Tourist:innen die Gegend erkunden, greifen oft in die Privatsphäre der Bevölkerung ein. Manche Häuser an der Seestraße haben ihre Vorhänge fest zugezogen und Aufkleber an den Fenstern angebracht: Fotografieren verboten!

Am Fotopunkt gibt es einen Lautstärkemesser: Sind die Besucher:innen zu laut, schaut der Smiley auf der digitalen Infotafel traurig und wird rot. Wird es leiser, wird er grün und lächelt. Die Bewohner:innen haben ihn gefordert. Noch dieses Jahr soll ein



Bis zu 12.000 Menschen besuchen den 750-Seelen-Ort am Tag, 1,3 Millionen sind es im Jahr.

Schild in der Nachbargemeinde Bad Goisern angebracht werden, das darüber informiert, wenn die Parkplätze in Hallstatt voll sind. Viel erwartet sich Höll davon nicht: „Wenn man Hunderte Kilometer gefahren ist, um Hallstatt zu sehen, wird sich jede:r denken: Ach, probieren wir es trotzdem.“

Wenn der yunion-Gewerkschafter über die Maßnahmen spricht, hört man die Freude darüber heraus, dass die Gemeinde finanziellen Handlungsspielraum hat – aber auch eine gewisse Ratlosigkeit. „Unsere Möglichkeiten sind beschränkt. Wir tun alles, was wir können“, sagt er. Die Kanal-, Wasser- und Abfallgebühren seien bewusst niedrig gehalten. Für ältere Menschen gibt es ein Ärzt:innen-shuttle. Als klar wurde, dass ein Nahversorger fehlt, der nicht zu überhöhten Tourist:innenpreisen verkauft, eröffnete die Gemeinde kurzerhand selbst einen. Und im Winter, wenn kaum Sonne in das tief liegende Tal fällt, finanziert die Gemeinde einen Großteil der Seilbahn-Jahreskarte für jede Person, damit die Bewohner:innen überhaupt in die Sonne kommen.

Am Besucher:innenansturm ändert das alles freilich nichts: „Sogar in den kalten Monaten rund um Weihnachten kommen Massen, obwohl wir nicht einmal einen Adventmarkt haben und oft keinen Schnee“, erzählt Sigrid Riezinger und schüttelt den Kopf. Sie führt ein Souvenirgeschäft an der Seestraße. Als sie es 1984 von ihrer Großmutter übernahm, war es nur im Sommer geöffnet – die Saison beschränkte sich auf die warmen Monate. Heute ist es ganzjährig geöffnet.



„Hallstatt ist kein Museum“: Vor allem die Privatsphäre der Ansässigen leidet unter dem Besucher:innenstrom.

Die Unternehmerin ist in einem Zwiespalt: „Für das Geschäft ist es natürlich gut, dass so viele kommen. Aber hier zu leben ist schwierig.“ Ihr Haus grenzt direkt an den Shop. Darüber verläuft die Hauptverkehrsader – die Landesstraße L547 –, darunter die Seestraße, auf der sich die Tourist:innen tummeln. Privatsphäre ist ein Luxus, den man sich in Hallstatt kaum leisten kann und den auch Riezinger nicht hat. Auf die Frage, ob sie je ans Wegziehen gedacht hat, schüttelt sie vehement den Kopf: „Ich gehöre hierher.“ Frank Höll beantwortet die Frage mit demselben Nachdruck und erklärt beim weiteren Spaziergang lachend: „Viele wie Sigrid und ich sind von hier, waren immer hier und wollen auch hierbleiben.“ Und doch gibt es seit einigen Jahren Menschen, die den Ort verlassen.

Taskforce sucht Lösungen

Der Gemeinderat nimmt das ernst. Besonders viele Überlegungen drehen sich um den Verkehr. Da es nur eine Straße durch den Ort gibt, kommt es häufig zu Staus, Zufahrten sind blockiert, Tourist:innen parken dort, wo sie nicht parken sollten. Eine eigene Taskforce mit externer Expertise in der Verkehrsplanung arbeitet seit mehreren Jahren an Lösungen. In einer Gemeinderatssitzung wurde einstimmig beschlossen, dass man sich eine Obergrenze von 5.500 Tourist:innen pro Tag wünscht – etwa das Niveau von 2016. Doch wie lässt sich das erreichen? Die Straße sperren? Eine Besucher:innenobergrenze einführen? Eine Parkgarage bauen?



Morgens vor Ankunft der Tagestourist:innen herrscht beschauliche Ruhe im Ort.

Ein 16-seitiges Dokument informierte im April 2026 die Bewohner:innen über alle geprüften Möglichkeiten – und darüber, warum viele davon nicht umsetzbar sind. Vieles scheiterte an gesetzlichen Regelungen und Zuständigkeiten. Dass es ein Problem gibt, darüber ist man sich einig. Eine Lösung gibt es noch nicht. Das Dokument endet mit den Worten: „Abschließend versichern wir euch, liebe Hallstätterinnen und Hallstätter, dass der gesamte Gemeinderat weiterhin versuchen wird, im Rahmen seiner Möglichkeiten weitere Verbesserungen zu erreichen.“

Christopher Unterberger ist als Mitarbeiter in der Salzkammergut Tourismus Marketing GmbH für die Vermarktung von Hallstatt verantwortlich. Auch er war Teil der Taskforce. Während andere Tourismusbüros versuchen, möglichst viele Gäst:innen in die eigene Gemeinde zu bringen, arbeitet er daran, die Besucher:innenströme umzulenken. Werbung für Hallstatt schaltet man nicht mehr – dank Social Media ist das auch nicht nötig. In verschiedenen Arbeitsgruppen versuche man, so Unterberger, „insbesondere im Bereich Besucher:innenlenkung, Mobilität und Kommunikation positiv mitzuwirken“. Doch die Möglichkeiten seien begrenzt: Besucher:innenobergrenzen oder Tragfähigkeitsgrenzen seien „rechtlich und praktisch nur sehr schwer umsetzbar“. Denn Hallstatt liegt an einer öffentlichen Straße. Die darf man nach österreichischem Recht nicht sperren. Und Ortschaften dürfen nicht einfach abgeriegelt und nur gegen Eintrittsgeld zugänglich gemacht werden. Platz für mehr Parkplätze gibt es in dem steilen Tal auch



Am Vormittag, sobald die ersten Busse halten, füllt sich der Ort schnell wieder mit Menschen.

nicht. Unterbergers Fazit: „Eine vollständige Lösung wird es vermutlich nie geben.“

Gegensätzliche Interessen

Hallstatt zeigt exemplarisch das grundlegende Dilemma der Massentourismusorte auf: Einerseits ist man auf die Einnahmequelle Tourist:in angewiesen, andererseits geht die Lebensqualität immer mehr verloren. Die Unternehmen vor Ort profitieren von Gäst:innen aus aller Welt. Es werden Schnapsgläser verkauft, Salzkristalle, Schürzen, Vasen, Sisi-Schneekugeln und sogar Hallstätter Luft in der Sprühdose.

Frank Höll lädt zum Mittagessen in ein Restaurant ein. Am Nachbartisch wird eine Handvoll Tourist:innen nach der Bestellung vor die Tür gesetzt, weil nicht alle eine Hauptspeise bestellt haben – manche wollten nur eine Suppe. „Dafür könnt ihr keinen Tisch blockieren“, erklärt der Kellner knapp und schickt sie in den Regen hinaus. Keine fünf Minuten später ist der Tisch wieder voll. Höll zuckt die Schultern. „Wir bekommen immer wieder Beschwerden von Tourist:innen über Unternehmer:innen – und von Bewohner:innen über Tourist:innen. Deswegen sind viele gegen Eintrittsgeld wie in Venedig. Sie haben die Angst, Besucher:innen würden sich dann noch mehr herausnehmen.“

Ein großer Tourismusbetrieb vor Ort sind auch die Salzwelten. Das älteste Salzbergwerk der Welt ist derzeit bis zum Sommer 2026



Attraktionen wie den Hallstätter Wasserfall hat man selten für sich allein.

Die Salzwelten wollen für Arbeitnehmer:innen attraktiv bleiben, sagt Betriebsrat Harald Pernkopf.

geschlossen, weil die Standseilbahn erneuert wird. Die neue soll doppelt so viele Menschen pro Tag nach oben transportieren können. In der Hauptsaison wollten häufig schon bis Mittag so viele Menschen das Angebot nutzen, dass sie vor Betriebsschluss mit der Bahn nicht mehr hinuntergekommen wären.

Ob die Menschen wegen des Bergwerks oder wegen Hallstatt selbst kommen, darüber sind sich die Bewohner:innen uneinig. Harald Pernkopf arbeitet seit neun Jahren im Betrieb und ist dort Betriebsrat. „Früher hatten wir nur zwischen Ostern und Allerheiligen offen. Vor acht Jahren haben wir auf Ganzjahresbetrieb umgestellt. Das verändert auch unsere Attraktivität als Arbeitgeber“, sagt er. Der Andrang sei besonders in der Hauptsaison ein großer Stressfaktor für die Mitarbeitenden – weshalb der Betrieb vor zwei Jahren auf die Vier-Tage-Woche umstellte.

Während vor acht Jahren fast ausschließlich Saisonkräfte beschäftigt wurden, gibt es inzwischen viele Ganzjahresstellen. Den klassischen Ferialjob als Guide gibt es aber nach wie vor. „Mit meinem Team habe ich es geschafft, dass wir als einziger Tourismusbetrieb in Österreich nach dem Bergbau-Kollektiv bezahlt werden. Das ist ein großer Erfolg für uns“, sagt Betriebsrat Pernkopf. Die größte Herausforderung bleibe aber die Personalsuche: Die Wohnpreise in der Umgebung seien so hoch, dass sich das viele

schlicht nicht leisten können und qualifizierte Kräfte deshalb nicht herziehen. „Wir haben im Zuge des Neubaus auch ein Personalhaus angekauft. Das soll die Lage etwas entschärfen – wir können jetzt acht Personalwohnungen zur Verfügung stellen.“

Nicht weit von der Baustelle der neuen Seilbahn lebt Gewerkschafter Höll. Den Baufortschritt kann er von seinem Balkon aus verfolgen. Er und seine Frau vermieten Zimmer – so wie etwa jedes fünfte Haus in der Gemeinde. Sie sind fast immer ausgebucht. Im Garten sitzen Gäst:innen und beobachten die Tourist:innen, die in Scharen vorbeiziehen.

Höll lebt tagein, tagaus mit dem Massentourismus – er kümmert sich darum, dass die Mülleimer im Ort zweimal täglich geleert werden, dass die Bürger:innen gehört werden, dass die öffentlichen Toiletten funktionieren – all das neben seinen regulären Aufgaben als Amtsleiter in der Gemeinde. Täglich pilgern die Menschenmassen an seinem Haus vorbei. „Wir setzen an, wo wir können. Aber wenn die Leute nach Hallstatt kommen möchten, dann werden sie kommen, egal ob wir Eintritt verlangen, die Busse regulieren oder auf Schildern darüber informieren, dass wir eigentlich voll sind“, sagt er – und zuckt mit den Schultern. Ein bisschen stolz, an einem Ort zu leben, der so eine Begeisterung auslöst, wirkt er aber auch – trotz allem. ▀



Im Abseits

Seit 11. Juni läuft die Fußball-WM in Nordamerika. Beschäftigte im Tourismus in den USA, wo die meisten Spiele stattfinden, waren schon vor dem Mega-Event unter Druck. Arbeit&Wirtschaft nahm ihre Situation im Vorfeld unter die Lupe.

TEXT ALEXANDRA POLIČ

Mai 2026: Das Empire State Building leuchtet in den Farben der Gastgeberländer, Arbeiter:innen schrauben an den Stadien, Hotels hissen Flaggen, und ganze Innenstädte verwandeln sich in Fan-Zonen: Die FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft der Männer im heurigen Sommer soll eines der größten Sportereignisse werden, das Nordamerika je ausgerichtet hat. Die meisten Spiele werden in den USA stattfinden. Millionen Fans werden erwartet – Millionen, die schlafen, essen, fliegen und feiern wollen. Und irgendwo zwischen Hotelküchen, Flughafenrestaurants und Stadiontribünen stehen jene, die diesen Ausnahmezustand möglich machen sollen: Zimmermädchen, Kellner:innen, Küchenhilfen, Reinigungskräfte.

„Mit der WM wird es heißen: Alle Hotels sind ausgebucht“, sagt der in den Vereinigten Staaten lebende Österreicher Stefan Moritz von der Gewerkschaft UNITE HERE. „Aber vermutlich gibt es nicht genug Leute, um die Jobs zu machen. Für die Menschen, die arbeiten, heißt das: mehr Arbeit und mehr Druck.“ UNITE HERE vertritt in den USA und in Kanada 300.000 Beschäftigte im Gastgewerbe. Im Vergleich zu anderen US-Gewerkschaften ist sie eher mittelgroß, zählt aufgrund ihrer Konzentration auf den Tourismussektor dort jedoch zu den einflussreichsten Akteuren. Moritz ist Secretary Treasurer der Local 8, der Stelle für Oregon und Washington State. Er arbeitet dort unter anderem an Gesetzesentwürfen und verhandelt Kollektivverträge.

Während Gäst:innen in den USA hohe Preise zahlen – für Hotels während der Eröffnungsspiele laut „New York Times“ im Schnitt 580



US-Dollar pro Nacht und mindestens 4.000 US-Dollar für ein Final-Ticket –, arbeiten Beschäftigte unter prekären Bedingungen. „Viele unserer Mitglieder haben mehrere Jobs, nur um ihre Familie versorgen zu können“, erzählt Moritz. „Wir haben den Mindestlohn in den letzten 15 Jahren verdoppelt, aber die Mieten haben sich ebenfalls verdoppelt.“ Wegen saisonaler Schwankungen würden Beschäftigte über die auftragsarmen Wintermonate oft ihren Versicherungsschutz verlieren. Denn der sei in den USA meist an eine bestimmte Anzahl von geleisteten Arbeitsstunden pro Monat geknüpft.

Mitten in diese ohnehin schon angespannte Lage platzt nun die Fußball-Weltmeisterschaft. Ursprünglich erwartete die Branche einen Ansturm. Noch im November rechneten Analyst:innen von Oxford Economics allein in den USA mit zusätzlichen Hotelzimmer-Einnahmen von knapp 900 Millionen US-Dollar – ein Effekt, der etwa zehn Super Bowls innerhalb von sechs Wochen entspreche. Aber zuletzt wurden die Erwartungen deutlich vorsichtiger. Laut einer Umfrage der American Hotel & Lodging Association liegen die Buchungen in vielen Austragungsorten unter den ursprünglichen Prognosen. 80 Prozent der befragten Hoteliers gaben an, dass die Nachfrage hinter den Erwartungen zurückbleibe.

Der „Trump Slump“

Als wichtigste Gründe nennt die Branche Visa-Hürden, geopolitische Unsicherheiten und sinkende internationale Reisetätigkeit. Denn die WM fällt in eine Zeit, in der die USA auf viele Reisende abschreckend wirken. Strengere Grenzpolitik, aggressivere Migrationsdebatten und die politische Polarisierung unter US-Präsident Donald Trump beeinflussen zunehmend Reiseentscheidungen. In der Tourismusbranche kursiert dafür längst ein eigener Begriff: „Es gibt eine Krise im Tourismus in den USA. Wir nennen es den ‚Trump Slump‘. International gibt es weniger Reisende“, sagt Moritz.

Während der weltweite Tourismus 2025 laut UN Tourism um 4 Prozent gewachsen ist, haben die USA mit drastischen Einbrüchen zu kämpfen. Nach Daten der International Trade Administration reisten 2025 rund 2,5 Millionen internationale Besucher:in-

Jobs in den USA, die mit Reisen verbunden sind

Quelle: U.S. Travel Association

 **15 Millionen**



„Wir federn schwächere Phasen mit Urlauben oder Zeitguthaben ab“, sagt Fariba Romana Anderl, Betriebsratsvorsitzende der österreichischen NH-Hotels.

nen weniger ins Land als im Vorjahr – ein Minus von 4,2 Prozent. Gleichzeitig schrumpfte auch die Beschäftigung: In der Freizeit- und Tourismusbranche arbeiteten im Dezember 2025 rund 98.000 Menschen weniger als im Jahr davor, die Arbeitslosenquote stieg von 5,4 auf 6,1 Prozent. Besonders stark sackte der Tourismus aus Kanada ab: Laut kanadischer Regierung reisten im Jänner 2026 um 22 Prozent weniger Kanadier:innen in die USA als im Jänner 2025.

Für die WM ist das gravierend, denn die USA richten das Event gemeinsam mit den Nachbarländern Kanada und Mexiko aus. Und mit beiden gibt es Spannungen. Aber die Trump-Politik beeinflusst nicht nur, ob Menschen ins Land kommen, sie schürt auch Angst unter den Angestellten im Gastgewerbe. „Die FIFA verlangt Background-Checks für alle Beschäftigten – und diese Informationen werden mit der Regierung geteilt“, sagt Moritz. Ein Großteil der Arbeitskräfte in der Branche seien Migrant:innen, die derzeit von Abschiebung und Strafverfolgung bedroht würden.

In Seattle, wo Moritz lebt und arbeitet, vertritt seine Gewerkschaft unter anderem die Beschäftigten im WM-Stadion Lumen Field und im benachbarten Embassy Suites Hotel. Während für das Stadion bereits ein Kollektivvertrag gilt, laufen im Hotel noch Verhandlungen. Die Gewerkschaft fordert höhere Löhne, eine ganzjährige Krankenversicherung, mehr Personal und Schutz für Beschäftigte bei Immigrationseinsätzen. Unter dem Slogan „No ICE in our Cup“ protestierten zuletzt Hotel- und Stadionarbeiter:innen gegen eine Zusammenarbeit der FIFA mit US-Einwanderungsbehörden. Auch der größte US-Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO warnte zuletzt vor Einschüchterung und Angst unter migrantischen Beschäftigten rund um die WM. Dass die Weltmeisterschaft an den

Arbeitsbedingungen langfristig etwas ändern wird, glaubt Moritz nicht: „Ja, die WM bringt sechs Wochen Arbeit. Aber danach sind die strukturellen Probleme noch immer da“, sagt er.

Auswirkungen in Österreich

Die geopolitischen Spannungen treffen die Branche nicht nur in den USA. Auch in Wien beobachtet man, dass sich das Reiseverhalten verändert. „Wir haben weniger arabische und chinesische Gäst:innen – das spürt man“, sagt Fariba Romana Anderl, Betriebsratsvorsitzende der österreichischen NH-Hotels und Mitglied des Euro-Betriebsrats, eines Gremiums für europaweit agierende Unternehmen. Im Wiener Flughafenhotel, wo Anderl arbeitet, fällt das besonders auf: „Normalerweise haben wir 500 bis 600 Frühstücke am Tag. Letztens waren es 130 oder 200.“

Panik gebe es allerdings keine, sagt Anderl. Hierzulande liegt das vermutlich auch daran, dass 2025 nur etwa 16 Prozent aller Gäste aus Drittstaaten anreisen. Fast ein Drittel der Reisenden stammte aus Österreich, mehr als die Hälfte aus anderen EU-Staaten, wie Daten der Statistik Austria zeigen. „Natürlich versuchen wir gegenzusteuern und mehr Geschäft hereinzuholen. Aber in Europa ist die Situation schon etwas anders als in den USA, wo ganze Nachbarländer wegfallen“, sagt Anderl. Sie hoffe auf gute Sommermonate, in denen wieder mehr Reisende kommen sollten.

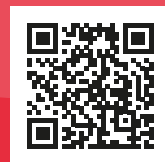
Auch auf die Angestellten habe die Situation derzeit keine gravierenden Auswirkungen. „Wir versuchen, schwächere Phasen mit Urlauben oder Zeitguthaben abzufedern. Aus der Pandemie haben wir gelernt, die Leute möglichst im Unternehmen zu halten“, sagt Anderl. Dass gute Arbeitsbedingungen in der Branche möglich sind, zeigt sie mit dem NH Vienna Airport Conference Center selbst: Das Hotel wurde von der *vida* gerade mit dem „Tourismusstars“-Award als bester Arbeitsplatz im Tourismus ausgezeichnet – unter anderem wegen der Löhne, die über Kollektivvertrag liegen, und zusätzlicher Benefits für Beschäftigte.

Mit ihrem Betrieb ist Anderl zufrieden; aber sie weiß auch, dass es in der Branche oft anders aussieht. „Ich bekomme immer mit, was in anderen Betrieben alles schiefgelaufen ist“, sagt sie. Vor allem bei Arbeitsbedingungen und der Kontrolle von Standards sieht sie Verbesserungsbedarf. Immer wieder höre sie von Beschäftigten, dass Überstunden nicht aufgeschrieben werden dürften oder Sozialleistungen deutlich schlechter seien als in anderen Häusern. Gute Arbeitsbedingungen seien in der Branche keine Selbstverständlichkeit, sagt Anderl.

Gerade deshalb muss man darüber reden, wie mit jenen Menschen umgegangen wird, die Großereignisse wie die Fußball-WM überhaupt erst möglich machen. Denn während Wolkenkratzer in Farben leuchten und Millionen Fans feiern, kämpfen viele Beschäftigte weiter darum, dass ihre Arbeit mehr zählt als das nächste Großereignis. ▀

Ab in die Verlängerung!

Alle Beiträge zum aktuellen Schwerpunkt und zu anderen Themen rund um die Arbeitswelt finden Sie online unter arbeit-wirtschaft.at.



FOKUS

Wie fördert der Betrieb gemeinsame Aktivitäten



Isabella Ney

Betriebsrätin
bei der PVA Wien

Wir organisieren jährlich Betriebsausflüge, Sportturniere, Jubiläumsfeiern und monatliche Kulturveranstaltungen zu aktuellen Themen. Mit sogenannten Karenzfrühstücken stellen wir sicher, dass Kolleg:innen bei längerer Abwesenheit den Anschluss nicht verlieren. Hier entsteht Raum für Austausch abseits des Arbeitsalltags: Wir sprechen über Herausforderungen, aber auch über positive Neuigkeiten und Veränderungen.



Thomas Priedl

Betriebsratsvorsitzender
in der Sonnentherme Lutzmannsburg

Gemeinsame Erlebnisse schaffen einen physischen und mentalen Ausgleich, stärken das Zugehörigkeitsgefühl und bauen Vorurteile ab. Wir organisieren Verteilaktionen, Geburtstags- und Jubiläumsfeiern, ein jährliches Kegeltturnier, Gesundheitstage, Kabarettbesuche, ein Sommerfest und eine Weihnachtsfeier. Entscheidend ist die freiwillige Teilnahme – erzwungene Teambuilding-Maßnahmen bringen meist wenig Mehrwert.

osrat en?

Gemeinsame Erlebnisse verbinden, das gilt auch im Arbeitsalltag. Wie Belegschaftsvertretungen sich bemühen, den Zusammenhalt im Team zu fördern und Kolleg:innen zusammenzubringen, haben vier Betriebsratsmitglieder verraten.

RECHERCHE VANESSA KOVAR



Sabine Grossensteiner

stv. Betriebsratsvorsitzende
bei BILLA

In einem Betrieb mit Filialen in ganz Österreich gibt es nicht die eine Veranstaltung für alle. Deshalb unterstützen wir als Betriebsrat Teamevents, Ausflüge oder Weihnachtsfeiern mit finanziellen Beiträgen pro Mitarbeiter:in. Wichtig ist, dass jede:r dabei sein kann. Wir verbringen einen Großteil unseres Lebens bei der Arbeit. Gerade in herausfordernden Zeiten schätzen wir daher ein gutes Miteinander.



Helmut Emler

Arbeiterbetriebsratsvorsitzender
bei Steyr Automotive

Wir organisieren das ganze Jahr über Sportevents sowie Feiern und Abteilungsausflüge für die Belegschaft. Besonders beliebt sind die jährlichen Stock- und Fußballmeisterschaften sowie unsere Pokerturniere, die wir auch zusammen mit anderen Unternehmen aus Steyr ausrichten. Gemeinsame Zeit und Spaß gehören auch außerhalb der Firma gefördert. Über schöne Erlebnisse sprechen Kolleg:innen noch lange.

Es geht um Macht

Revolutionen in der Mobilitäts- und Kommunikationstechnologie stellten Gewerkschaften in doppelter Hinsicht vor Herausforderungen: Sie gefährdeten ihre Machtinteressen, konnten aber auch zur Verbreitung sozialpolitischer Positionen genutzt werden.

TEXT BRIGITTE PELLAR

Die Historikerin Brigitte Pellar war eine langjährige Begleiterin von Arbeit&Wirtschaft, sowohl als wortgewandte Autorin als auch als sehr aktives Mitglied des Themenkomitees. Anlässlich ihres Ablebens drucken wir diesen Text aus dem Jahr 2023 nochmals ab.

Es begann schon früher, aber nach 1800 kam der Durchbruch: Der Austausch von Nachrichten und Informationen über Landesgrenzen und Kontinente hinweg wurde immer rasanter. Das „Dampfross“ und die Dampfschiffahrt revolutionierten den Transport von Menschen, Waren und Nachrichten von A nach B – auch wenn die Postkutsche in Österreich noch bis in die 1920er-Jahre hinein unterwegs war. Innovationen bei der ältesten der modernen Kommunikationstechnologien, dem Buchdruck, machten Zeitungen zur erschwinglichen Massenware, und die Erschließung der Elektrizität als Energiequelle schuf die Voraussetzung für Telegrafie, Telefon und Radio – einschließlich der Weiterentwicklung bis hin zur Digitalisierung des 21. Jahrhunderts.

Selbstverständlich blieben auch Gewerkschaften von diesen Entwicklungen nicht unbeeinflusst. Innovationen in den Bereichen Mobilität und Kommunikation stellten für sie stets eine Herausforderung dar: Entweder wurde ihre eigene Machtposition dadurch bedroht, oder sie konnten die Technologien für ihre eigenen Interessen nutzen.

Die Staaten, die bis Ende des Ersten Weltkriegs bestanden, waren überwiegend Monarchien oder andere autoritäre Systeme, in denen sich „das Volk“ nach vielen Opfern und Rückschlägen erst mühsam ein Stück Demokratie erkämpfen musste. Beschäftigte im Bereich der neuen Technologien, zum Teil hinsichtlich

ihrer Kompetenz durchaus mit den Arbeitenden im digitalen Sektor vergleichbar, waren daran immer wieder entscheidend beteiligt. So verzögerten Eisenbahner beispielsweise während der Revolution von 1848 mehrmals Truppentransporte, weil sie Zugang zu den Telegrafenapparaten in den Bahnhöfen hatten und sich unter ihnen auch Kollegen befanden, die mithilfe des Morsealphabets Nachrichten senden und lesen konnten. Und als sie mit ihren „Bummelstreiks“ 1905 und 1906 das Wirtschaftsleben im Reich des Kaisers Franz Joseph zweimal lahmlegten, ging es nicht allein um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen, sondern auch um die Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht.

Streiken? Verboten!

Den „Dienst nach Vorschrift“ wählten die Eisenbahner als Kampfinstrument, weil ihnen das Streiken und jede gewerkschaftliche Aktivität verboten waren, unabhängig davon, ob sie in einer privaten oder staatlichen Bahngesellschaft arbeiteten. Sozialdemokratische, christlich-soziale und deutschnationale Bedienstete organisierten sich ab 1894 trotzdem, und ihre Gewerkschaften setzten schon in der Monarchie Personalvertretungen durch. Das Telegrafen- und Telefonnetz war ab 1895 komplett verstaatlicht, die hier Beschäftigten, großteils Frauen, die kaum Aufstiegschancen hatten, galten als Staatsbedienstete.



Die k. k. Telegraphen-Zentrale in Wien, 1907: In der verstaatlichten Branche arbeiteten damals vorwiegend Frauen.

Die ersten Einrichtungen der kabellosen Funktechnologie, aus denen in den 1920er-Jahren das Radio hervorging, dienten zunächst ausschließlich militärischen Zwecken und standen demgemäß unter Kontrolle des Militärs. Auch hier galt ein Koalitionsverbot, über das sich wiederum die Arbeitenden hinwegsetzten. Postillione, Telegrafisten- und Telefonarbeiter:innen schlossen sich 1905 der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr an, und einer der vielen Unterstützungsvereine des Postbereichs übernahm mit der Errichtung eines Streikfonds und dem Angebot von Rechtsschutz noch vor dem Ersten Weltkrieg eine echte gewerkschaftliche Funktion.

Politische Diskussionen für das „gemeine Volk“

Koalitions- und Streikverbote waren ein Instrument der politischen und gesellschaftlichen Machthaber:innen, um die Kommunikationsinfrastruktur unter Kontrolle zu halten, Zensur war ein anderes. Für Druckereiarbeiter:innen und Journalist:innen galt zwar wie für alle Beschäftigten in der Privatwirtschaft ab 1870 Koalitionsfreiheit, aber die Zensur machte ihnen bis zum Ende der Monarchie trotz der Lockerung mit dem Verfassungsbeschluss von 1867 immer wieder zu schaffen. Die Erfahrungen, die das Kaiserregime mit der Pressefreiheit während der Revolution von 1848 gemacht hatte, als unzählige Flugblätter und Zeitungen die poli-

tische Diskussion in das „gemeine Volk“ hineingetragen hatten, waren nicht vergessen. Erst die demokratische Republik sorgte ab 1918 für volle Pressefreiheit und Gewerkschaftsfreiheit für alle Arbeitnehmer:innen. Telegrafist:innen und Funker hatten in der revolutionären Friedensbewegung am Ende des Ersten Weltkriegs mit ihrem Zugriff auf die Kommunikationstechnologien eine führende Rolle gespielt und damit wesentlich zum Sturz der Monarchie beigetragen. ▶



& INFO

Brigitte Pellar wurde 1947 in Kärnten geboren und hat sich als studierte Historikerin mit großer Begeisterung der Geschichte der Arbeiter:innenbewegung verschrieben. Sie leitete von 2001 bis 2007 das Geschichtsinstitut der Arbeiterkammer. Als Publizistin verfasste sie zahlreiche Artikel für das A&W-Magazin und stand der Redaktion immer mit Rat und Tat zur Seite. Brigitte Pellar verstarb am 25. März 2026 im Alter von 78 Jahren.

Vier Fäuste gegen Airbnb

Die Baupolizei hebt in Wien illegale Kurzzeitvermietungen aus, um Wohnraum für die Bevölkerung frei zu machen. Die Kontrollen der Tourismusedapartments finden in der Regel früh am Morgen statt. Arbeit&Wirtschaft war dabei.

TEXT ANDREA ROGY



„Guten Morgen, Baupolizei!“. Günter Nast und Lukas Kupresak kontrollieren in den frühen Morgenstunden die Buchungsbestätigungen von Tourist:innen.

Kurz vor 7 Uhr Früh positionieren sich zwei Männer in blauen Uniformen vor einem Wohnhaus in Wien-Alsergrund. Die ersten Sonnenstrahlen fallen durch die Fenster des schmalen Gebäudes. Alles ist ruhig – bis Günter Nast und Lukas Kupresak von der Eingreiftruppe der Baupolizei die schlafenden Tourist:innen mit lautem Klopfen wecken und ihre Buchungsbestätigungen sehen wollen.

Seit Juli 2024 sagt die Stadt Wien der illegalen Kurzzeitvermietung den Kampf an. So soll Leerstand mobilisiert und die touristische Nutzung von Wohnraum begrenzt werden. Das Problem ist virulent, Schätzungen gehen von rund 14.000 Wohnungen im Stadtgebiet aus, die über die Internetplattform Airbnb dauerhaft an Tourist:innen vermittelt werden. Mit der Baurechtsnovelle von 2024 dürfen Privatpersonen ihre Wohnung für maximal 90 Tage pro Jahr vermieten – darüber hinaus müsste eine Ausnahmegenehmigung beantragt werden.

Acht Baupolizist:innen sind nun regelmäßig in der Hauptstadt im Einsatz, sie bekommen Hinweise aus der Nachbarschaft oder von Privatdetektiv:innen großer Hotels und werden auf stark beworbene Liegenschaften im Internet aufmerksam. Sobald sich ein Verdacht erhärtet, rücken sie zur Kontrolle aus.

Hohe Strafen

„Bei zweckwidrigen Vermietungen leiten wir einen Strafantrag an die für Baurecht zuständige MA 64 weiter“, erklärt Baupolizist Nast, Leiter des Referats für Kontrolle und Kurzzeitvermietung der MA 37. Rund 500 solcher Strafanträge wurden bereits gestellt. Die Strafen betragen bis zu 50.000 Euro – pro illegal vermietete Wohnung.

Zu beweisen, dass die legale Vermietdauer überschritten wird, sei selten ein Problem: „Die Inserate sind leicht zu finden, auch über die Bewertungen auf Plattformen wie Airbnb können wir



Werden hier Wohnungen illegal touristisch vermietet? Baupolizist Lukas Kupresak dokumentiert weißes Bettzeug, das im Hof eines Wiener Wohnhauses zum Trocknen hängt.

illegale Langzeitvermietungen dokumentieren“, sagt Nast. Um illegale Vermietungen auszuhebeln, muss die Baupolizei für jede Wohnung eines Hauses gesondert belegen, dass sie mehr als 90 Tage lang für jeweils kurze Zeiträume vermietet wird. Das sei laut Nast oft „schwierig, weil viele Vermieter:innen nur eine Wohnung inserieren und Tourist:innen dann jenes Apartment bekommen, das gerade frei ist“. Das ist einerseits bequem, weil auf den Plattformen nur ein Inserat betreut werden muss, andererseits wird so der Anschein erweckt, es würde nur eine Wohnung angeboten, in Wahrheit werden aber viele, gleich eingerichtete Wohnungen an Urlauber:innen vermietet.

Um zu belegen, dass der gesamte Leerstand kommerziell genutzt wird, dokumentieren die Baupolizist:innen bei ihren Schwerpunktaktionen die Einrichtung möglichst vieler Wohnungen und machen Fotos. Ziel ist es zu verhindern, dass Wohnraum in großem Stil dem Markt entzogen wird – so auch im neunten Wiener Gemeindebezirk: „Diese Apartments liegen in der Wohnzone innerhalb des Gürtels. Anstatt damit Geschäfte zu machen, könnte man sie regulär vermieten, wodurch hier 22 Familien aus Wien leben könnten“, sagt Nast.

Bereits beim Betreten des Stiegenhauses fällt die einheitliche Gestaltung von Türmatten, Hinweisschildern und Türgriffen auf. Nast steuert zielstrebig den Innenhof an – Volltreffer: Er entdeckt mehrere zum Trocknen aufgehängte Garnituren weißes Bettzeug. Sein Stellvertreter Kupresak macht Fotos von den leer stehenden Balkonen.

„Alle Wohnungen sind über Schlüsselkarten zugänglich, im Lift findet sich ein Wegweiser zu den Suiten“, sagt Nast. Auch das Fehlen von Namensschildern an Türen und Gegensprechanlage wertet er als „starkes Indiz für eine kommerzielle Dauernutzung“. Bei den Begehungen decken die Kontrolleur:innen auch häufig Baumängel oder unbewilligte Umbauten auf und leiten dies an die Bauinspektion weiter. So auch heute: „Im Stiegenhaus sind an mehreren Stellen die Schutzgeländer gebrochen, Stromkabel hängen

von der Decke. Das ist gefährlich“, erklärt Kupresak. Auch Planeinsichten gäben wertvolle Hinweise: „Oft stimmt die Raumaufteilung nicht mit der eingereichten Nutzung, etwa als Büro, überein.“

„Wir kommen wieder“

Inzwischen haben sich er und Nast bis ins Dachgeschoß vorgearbeitet, der Google-Übersetzer leistet in der Kommunikation mit den ausländischen Gäst:innen gute Dienste. Im Stiegenhaus begegnet den Männern ein junger Vater mit seinem Buben und einigen Koffern – Urlauber bei der Abreise.

Beim Lokalausgang in Wien-Alsergrund bleiben sechs Wohnungstüren verschlossen, alle anderen „Suiten“ werden von verschlafenen und teils leicht verschreckten Tourist:innen geöffnet. Kupresak erklärt ihnen, dass sie nichts falsch gemacht hätten, und die Baupolizei nur den Vermieter kontrolliere. Alle sind kooperativ und kramen ihre Buchungsbestätigungen hervor, manche zeigen aus Schreck ihre Pässe. Kaum schließen sich die Türen, hört man aufgeregtes Getuschel. Die Kooperationsbereitschaft der Mieter:innen ist für die Baupolizei wichtig, denn durch das Betreten der Wohnungen können wichtige Hinweise gesammelt werden. „Außer Reiseführern und ein wenig Kleidung liegen keine persönlichen Gegenstände in den Wohnungen herum, in den Vorzimmern befinden sich Infotafeln für die Gäst:innen“, erklärt Nast.

Wird eine Wohnung nicht freiwillig geöffnet, kann sich die Baupolizei die Exekutive zu Hilfe holen oder über eine gerichtliche Verhandlung das Recht zum Zutritt bescheinigen lassen. Auch im Wohnhaus am Alsergrund wird es nicht der letzte Besuch der Beamten gewesen sein. „Wir kommen wieder“, bekräftigt Nast: „einerseits, um Einschau in jene sechs Wohnungen zu bekommen, die heute verschlossen geblieben sind, und andererseits, um die beständige und wechselnde Vermietung zu dokumentieren.“ ▀

In ihrem Element

Die Band 5/8erl in Ehr'n feiert dieses Jahr ihr 20-jähriges Jubiläum. Kreativ bleiben sie dank gelebtem Pluralismus, Pausen und politischem Bewusstsein.

TEXT RICHARD SOLDER



Die österreichische Band 5/8erl in Ehr'n ist musikalisch im Jazz und Soul verankert. Arbeit&Wirtschaft traf zwei der fünf Musiker:innen im Wiener Freibad Gänsehäufel.

Schweißperlen auf der Stirn, rote Wangen, leicht erschöpfte Gesichter: Als Miki Liebermann und Max Gaier für das Interview mit Arbeit&Wirtschaft eintrudeln, sind die beiden etwas gezeichnet vom Alltagsstress. Dichter Verkehr auf dem Weg zum Treffpunkt und überraschend sommerliches, schwüles Wetter im Mai trugen ihres dazu bei.

Liebermann und Gaier sind zwei der 5/8erl in Ehr'n. Die österreichische Band strahlt in ihrer Musik und in ihren Konzerten sonst eine Gelassenheit aus, die ihresgleichen sucht. Als „Wiener Soul“ bezeichnen Musikjournalist:innen gerne den Stil der Gruppe. Viele Werke passen perfekt zum Sommer – und die Konzerte der 5/8erl in Ehr'n auch. Derzeit ist die Band auf einer speziellen Tour anlässlich des 20-jährigen Bandjubiläums. Höhepunkt soll ein Open-Air-Abend in der Wiener Arena im September werden.

Sperrstund' im Bad

5/8erl in Ehr'n, das sind groovige Rhythmen, gezupfte Gitarre und Kontrabass, Texte mit Wiener Schmäh: „Let's chill, gib' da die Ehre, anstatt dass'd unnötig stresst“, heißt es etwa dazu passend im Track „Siasse Tschick“ aus dem Jahr 2010, einem ihrer bekanntesten Lieder. Ort des Interviews mit den Musiker:innen ist das weitläufige Freibad Gänsehäufel an der Alten Donau in der Bundeshauptstadt, ein Bad mit Charme und Geschichte. Es passt zur Band. Und: Die Wiener Bäder verwenden seit 2017 den Song „Badeschluss“ von 5/8erl in Ehr'n als Rausschmeißer. Jeden Abend wird den Badegästen damit auf melodische Weise nähergebracht, sie mögen sich dann bitte einmal schleichen: „Badeschluss, es ist vorbei. Wo da Tog die Nacht begrüßt.“

Wie es zu diesem Einsatz des Liedes kam, berichtet Gitarristin Miki Liebermann, mittlerweile zurückgelehnt im Sessel, mit einem Seidl in der Hand und der Sonne im Gesicht: „Ich bin ein Fan der städtischen Freibäder und nutze die gerne. Einmal dachte ich mir, es ist fad, wenn es nur ding-dong macht und eine Stimme dann den Badeschluss verkündet. Da haben wir uns gedacht ...“ „Du hast dort angerufen!“, wirft Band-Kollege und Sänger Max Gaier grinsend ein. „Ja, stimmt, ich hab angerufen“, erwidert Liebermann und lacht. „Und die Leute der Wiener Bäder haben gefragt: ‚Na ja, wollt ihr eine g'scheite Musik dafür machen?‘ Und ich habe gesagt: ‚Ja, das können wir liefern!‘“

Den Song gab es sogar schon, man musste ihn nur auf eine Zwei-Minuten-Version kürzen. „Als ich ihn das erste Mal im Einsatz gehört habe, bin ich gerade dort drüben, gegenüber vom Gänsehäufel, spazieren gegangen und total erschrocken“, erinnert sich Liebermann. „Der erste Gedanke war: ‚Scheiße, ich hab einen Gig von uns verpennt!‘“

Neben Gaier und Liebermann sind noch Bobby Slivovsky (Gesang), Clemens Wenger (Piano, Akkordeon) und Hanibal Scheutz (Bass) Teil der 5/8erl in Ehr'n. Wer jetzt glaubt, es handelt sich um



Als Musiker:in könne man sich nicht aussuchen, ob man politisch ist oder nicht, sagt Sänger Max Gaier (rechts).

fünf Gute-Laune-Musiker:innen, die nur am Donaustrand liegen wollen und sich die Sonne auf den Bauch scheinen lassen, der irrt gewaltig: Wer hinhört bei ihren Texten, der bekommt schnell ihren kritischen Blick auf die Gesellschaft mit. Der Track „Arbeit 2.0“ aus dem aktuellen Album „Burn On!“ (2025) etwa widmet sich dem Joballtag heutzutage: „40 Stund oder a mehr – des Geldbörserl sagt: Ich lobe dich heute so sehr sehr – mehr, mehr“, heißt es da ironisch im Refrain. Und beim Höhepunkt gegen Ende des Liedes wechselt die Erzählung in die Perspektive von Superreichen: „Bitcoinbörserl, Dachgeschoss, vierte Villa, Dividenden, ganze Insel, Yacht im Hafen, schönes Wetter, keine Steuern.“

Ironie ist in den Songtexten der Wiener Band immer wieder präsent. Hilft das auch, um mit schwierigen Entwicklungen umzugehen? „Humor ist ein Retter in der Not“, betont Liebermann. „Wenn's einem dreckig geht, hilft Humor. Der schafft auch eine gewisse Distanz zu Dingen.“

Wie politisch schätzen sich die zwei der fünf Achterl selbst ein? „Also, ich glaube, wir können uns alle nicht aussuchen, ob wir das sind oder nicht“, betont Gaier. „Alles ist gewissermaßen politisch.“ Der Sänger sieht Politik als etwas, das nicht nur kleine Kreise in der Gesellschaft etwas angeht – und das sei auch gut so: „Sonst sind wir in einer Elitendebatte drinnen, im Sinne davon, dass politisch sein etwas voraussetzt, belesen zu sein oder etwas in die Richtung. Das fände ich falsch.“

Beide Musiker:innen kommen nicht aus Künstler:innen-Familien, Gaiers Mutter war Volksschullehrerin, sein Vater hatte einen



Den Wiener Bädern stellte die Band ihren Song „Badeschluss“ zur Verfügung. „Es ist doch fad, wenn es nur ding-dong macht“, meint Gitarristin Miki Liebermann (links).

Job beim Arbeitsmarktservice. Soziale Themen beschäftigen ihn seit jeher. Liebermann wurde durch den Beruf ihrer Mutter geprägt, die Krankenpflegerin im Allgemeinen Krankenhaus in Wien war. „Ich bin im Spital quasi aufgewachsen. Nach der Schule ging ich oft dorthin essen, weil meine Mutter dort gearbeitet hat.“

Ist Kunst politisch?

Hat man in Zeiten von Rechtsruck und Angriffen auf die Demokratie als Künstler:in nicht sogar die Verantwortung, Stellung zu beziehen zu politischen Angelegenheiten? „Das finde ich schon. Wobei ich persönlich das nicht bei jedem Tagesthema machen muss, weil mir auch mal die Hintergrundinfos fehlen“, erklärt Liebermann. „Ich schaue mir lieber das große Ganze an. Und ich denke, in einer Demokratie kommt man auch nicht umhin, sich mit Politik zu beschäftigen – erst recht nicht, wenn man als Band mit gleichwertigen Mitgliedern Demokratie im Kleinen durchspielt.“

Die Band ist alles andere als eine One-(Wo)Man-Show, keine hierarchisch geprägte Zusammensetzung mit einer alles bestimmenden Rampensau mit Starallüren. Von Anfang an war es eine Gruppe, in der jede:r Input einbringen kann – und soll. „Das funktioniert so am besten“, sagt Liebermann. Gaier ergänzt: „Wir feiern dabei auch nicht die Gleichförmigkeit, sondern die Pluralität. Und Pluralismus bringt immer mehr.“ Konkret auf den Bandalltag umgemünzt ergänzt er dazu: „Es ergibt immer mehr Inhalt,

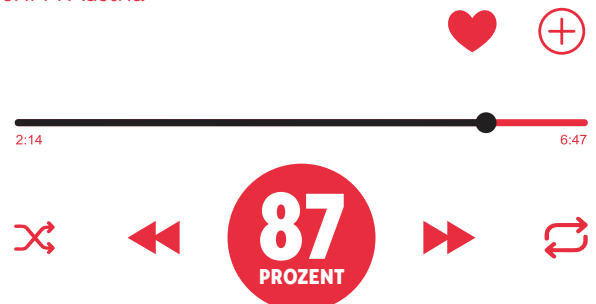
von fünf Perspektiven auf etwas zu schauen als nur von einer. Wir sind alle kreative Geister.“ So entstehen Songs der 5/8erl in Ehr'n auf unterschiedliche Weise.

Geschick haushalten

Und für die nichtmusikalischen Bereiche gibt es eine Aufgabenteilung: Liebermann kümmert sich etwa um die Finanzen, Gaier um den Online-Shop. Bewusst ist vieles in der Hand der Bandmitglieder. Nur beim Booking und in sehr intensiven Momenten hole man sich Unterstützung – in dem Fall von einer Agentur. Als österreichische Band muss man gut planen und wirtschaften. Der Musikkonsum passiert heute großteils auf Streamingplattformen wie Spotify,

Marktanteil von Streamingdiensten am österreichischen Musikmarkt

Quelle: IFPI Austria



„Bitcoinbörserl, Dachgeschoss, vierte Villa, Dividenden, ganze Insel, Yacht im Hafen, schönes Wetter, keine Steuern.“

Songtext der 5/8erl in Ehr'n

davon profitieren Künstler:innen aber meist kaum. Geld machen Bands wie 5/8erl in Ehr'n durch Konzertauftritte und Live-Tantiemen, also wenn sie selbst oder andere ihre Songs spielen.

Und das Merchandising, also der Verkauf von Platten, Band-T-Shirts etc., sei auch nicht zu unterschätzen, erklären die zwei. Man spüre, dass die Menschen generell im Zuge der Teuerungen weniger zum Ausgeben haben. Zum Glück hätten die 5/8erl in Ehr'n über die Jahre ein Publikum aufbauen können, das ihnen treu bleibt.

Jedes Bandmitglied hat nebenbei weitere Projekte – viele unterrichten in Schulen, auf Musikuniversitäten oder bei Workshops – so und mit 5/8erl in Ehr'n können alle von der Musik leben.

Liebermann, Gaier und Co wollen dabei die Kontrolle über die Gestaltung innehaben, etwa selbst entscheiden, in welchen Zyklen sie Alben aufnehmen. Das schaffen sie dadurch, dass sie ihre Musik auf ihrem eigenen Label Viennese Soulfood Records veröffentlichen.

Um zusammenbleiben zu können und dabei die Kreativität nicht zu verlieren, dafür benötige es nicht zuletzt viel Beziehungsarbeit. Dazu gehören Debatten und auch mal Auseinandersetzungen: „Dadurch bleiben wir auch frisch“, betont Gaier. Gitarrist Liebermann fügt hinzu: „Wir haben eine Kommunikationskultur entwickelt.“ Auch die 5/8erl in Ehr'n hätten über die 20 Jahre natürlich schon Hochs und Tiefs erlebt. „Man muss kapieren, dass es ein Projekt ist, das sich ständig weiterentwickelt.“

Mal bewusst ins Gras legen

Den eigenen Rhythmus bei der Kreativarbeit bestimmen zu können, helfe, zu Ergebnissen zu kommen. Um die zu erreichen, brauche es auch immer wieder Schaffenspausen – aus ihrer Sicht nicht nur im Kulturbereich: „Ich bin sehr für Effizienz, man muss nicht immer unnötig herumeiern, wenn man schnell etwas umsetzen kann“, so Liebermann. Manchmal brauche es aber auch das Nichtstun. „Regeneration ist extrem wichtig – auch um Abstand zu den Dingen zu haben, den großen Überblick zu behalten – und dass man weiß, wie man sich erholt.“

Liebermann berichtet, wie sie sich manchmal – wie fast alle Menschen heutzutage – durch das Smartphone vereinnahmen lässt. Oft glaube man, sofort auf Messages reagieren und immer online sein zu müssen. „Dabei kann ich mir auch sagen: Nein, ich gebe das Gerät weg und lege mich jetzt im Garten ins Gras und genieße die Blumen“, so Liebermann.

Wobei Bandkollege Gaier in Sachen Durchatmen argumentiert, dass es im besten Fall eine Art gesellschaftlichen Common Sense geben sollte, wie viel zu leisten ist – und wie man das am besten hinbekommt, nicht zuletzt in der Arbeitswelt: „Ich sehe da eine Schieflage: Regeneration als nächste Pflicht der Arbeitnehmer:innen. Die Arbeitnehmer:innen sollen sich wieder mal überlegen, wie sie sich gut erholen, damit sie noch besser und möglichst lang funktionieren können. Man könnte den Spieß umdrehen“, sagt der Sänger. Für ihn gehöre das Verhältnis zwischen Arbeit und Freizeit im Sinne der Arbeitnehmer:innen neu ausverhandelt.

Die eigene Balance scheinen die fünf jedenfalls gefunden zu haben. Seit über zwei Dekaden gelingt es, die 5/8erl in Ehr'n immer wieder neu zu erfinden: Acht Alben, sieben Amadeus-Awards und Hunderte Konzerte sind jedenfalls ein Erfolg, der für ihre Herangehensweise spricht. Die Gelassenheit, die Bodenhaftung, die Spitzfindigkeit bei politischen Kommentaren und der omnipräsente subtile Schmäh, die man in der Musik der „Achterl“ hört, vermitteln Liebermann und Gaier auch im Gespräch. Schnell verflogen war der Stress der Anreise. Als das Team von Arbeit&Wirtschaft seine Sachen packt, bleiben sie noch sitzen und nutzen die Gelegenheit, am Flussstrand miteinander weiterzuplaudern.

Die Abendsonne über der Alten Donau, das sich langsam leerende Gänschäufel: Gaier und Liebermann scheinen ganz in ihrem Element zu sein. Gäbe es keinen Badeschluss, würden sie wohl noch länger gemeinsam abhängen. Zumindest wird ihnen der Abschied dann mit einem Lied versüßt, das sie selbst komponiert haben: „Die Sunn war stark und ziemlich guat heit ... Badeschluss, es ist vorbei ...“, klingt es bald aus den Lautsprechern. Der nächste Badetag, der kommt bestimmt. ▀



Fit mit den Zahlen

Betriebsratsarbeit heißt auch, finanzielle Verantwortung zu tragen, denn das Gremium und seine Mitglieder müssen oft einen Betriebsratsfonds verwalten – und das mit größtmöglicher Sorgfalt. Dieses Seminar beschäftigt sich unter anderem mit den gesetzlichen Grundlagen für einen solchen Fonds, mit verschiedenen Formen der Buchführung sowie der regelmäßigen Revision durch die AK, damit beim Händeln der Finanzen alles klappt. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung

Wo: Bildungszentrum der AK Wien (BIZ), 1040 Wien

14.09.2026: 10.00–17.30 Uhr

15.09.2026: 09.00–17.00 Uhr

16.09.2026: 09.00–13.00 Uhr



Drei für alle Fälle

Wie Betriebsrat bzw. Personalvertretung, Arbeiterkammer und Gewerkschaft gut zusammenwirken, um die Rechte der Arbeitnehmer:innen bestmöglich zu vertreten, ist Gegenstand dieses Seminars. Erfahrene Betriebsrät:innen und Gewerkschafter:innen geben darin praktische Einblicke in ihre Strategien. Teilnehmer:innen werden eingeladen, die eigene Rolle im Betrieb und in der Gewerkschaftsbewegung zu erkunden und zu vertiefen. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung

Wo: Bildungszentrum der AK Wien (BIZ), 1040 Wien

21.09.2026: 10.00–17.00 Uhr

22.09.2026: 09.00–16.30 Uhr



Schlagfertig am Stammtisch

Wer kennt sie nicht, die Parolen, die sich pauschal gegen „die da oben“ richten oder behaupten, die Gewerkschaft tue „eh nichts für die Leut“? Solche Sprüche sind auch Ausdruck einer Demokratieverdrossenheit, der es entgegenzutreten gilt. In diesem Seminar werden kommunikative Strategien und Gegenargumente erarbeitet sowie die rhetorischen Fähigkeiten der Teilnehmer:innen geschärft. (Präsenz-Angebot)

Für: Arbeitnehmer:innenvertretung

Wo: Bildungszentrum der AK Wien (BIZ), 1040 Wien

21.09.2026: 10.00–17.00 Uhr

22.09.2026: 09.00–17.00 Uhr

23.09.2026: 09.00–13.00 Uhr



Wissenswertes aus dem ...

A&W
blog

Österreichs Sonderweg

Seit Jahren rät die OECD Österreich zur Einführung einer Erbschaft- und Schenkungsteuer. Denn die Republik ist eines der Länder mit der höchsten Vermögenskonzentration in der EU und zeichnet sich durch besonders niedrige Steuern auf Vermögen aus. Nun hat sich auch eine von der EU-Kommission beauftragte Studie mit dem Thema beschäftigt. Klar wird: Österreich ist in dieser Frage ein europäischer Außenseiter.



Max Wehsely & Saskia Berthold
Abteilung Steuerrecht der AK Wien



Inflationstreiber Unternehmensgewinne

Allzu gern wird er in Österreich als ausschlaggebender Treiber für die Inflation dargestellt: der Arbeitslohn. Dabei zeigen Analysen: Im Euroraum wurde in der Krise mehr als die Hälfte der Inflation, die nicht auf höhere Energiepreise zurückgeht, durch Gewinnsteigerungen ausgelöst. In Österreich sind es sogar zwei Dritte! Löhne sind also nur einer von vielen Aspekten für eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft.



Bettina Csoka
Abteilung Wirtschafts-, Sozial- & Gesellschaftspolitik, AK OÖ



Energiewende selbst in die Hand nehmen

Innerhalb weniger Jahre haben sich Energiegemeinschaften in Österreich zu einem zentralen Element der nachhaltigen Energiewende entwickelt. Seit ihrer Einführung 2021 sind Tausende Projekte im ganzen Land entstanden. Das neue Elektrizitätswirtschaftsgesetz stärkt nun die Rolle von Energiegemeinschaften und ermöglicht flexible Modelle, wie etwa den Energiehandel zwischen Personen oder Betrieben.



Sandra Matzinger, Abteilung Wirtschaftspolitik, AK Wien
Clemens Mayer, Joanneum Research LIFE



www.awblog.at

WIR FORDERN!

TEILZEIT
WERTSCHÄTZEN!

Traurig, aber wahr: Manche Leute haben keinen blassen Schimmer davon, was Eltern tagtäglich leisten – sonst würden sie nicht von Lifestyle-Teilzeit faseln und so tun, als ob nach 20 Stunden „Erwerbsarbeit“ lässig in der Sonne gehillt würde. Kinder sind kein Hobby! Eltern tragen ja nicht nur diesen unglaublichen Batzen Liebe in sich. Sie tragen auch Verantwortung – ebenfalls einen gehörigen Batzen davon: für das Erledigen der Matheübungen, das Schneiden von Fingernägeln, die Bekämpfung von Läusen und für die „banalen“ Selbstverständlichkeiten wie Glück, Gesundheit und schlicht das Überleben der Kinder. Wer Kleinkinder hat, weiß, wovon ich rede.

Wer keine Kinder hat, sollte Frauen nicht für ihre Teilzeit-Arbeit shamen. Denn zu 80 Prozent sind es Mütter, die all das übernehmen. Und sie stehen unter Druck. Teilzeit ist kein Wellnessprogramm, im Gegenteil: Die meisten Frauen mit Kindern arbeiten weniger Stunden im Job, um mehr Stunden für die ganze andere Arbeit zu haben. Teilzeit ist da mehr eine Frage der Logik, nicht des Lifestyles. Und selbst dann mangelt es oft an Zeit, an Schlaf, an Geld sowieso.

DELNA ANTIA-TATIĆ arbeitet als Chefin vom Dienst beim Mitglieder-magazin „AK FÜR DICH“ und schreibt dort u. a. in ihrer „Care-Kolumne“ über die Vereinbarkeit von Job und Familie.

Gewusst? Viele Mütter in Österreich stehen tagtäglich um fünf Uhr in der Früh auf. Doch anders als geschneigte CEOs prahlen sie mit ihren morgendlichen Routinen nicht heldenhaft in Manager-Magazinen. Mütter machen eben selten Morgenmeditation oder genießen ein Papaya-Smoothie auf dem Balkon. Sie saugen Staub mit Augenringen, kochen das Mittagessen vor und packen Jausenboxen, während sie den kalt gewordenen Kaffee im Stehen trinken. Dann hetzen sie durchgeschwitzt zur Arbeit und kippen am Abend erschöpft ins Bett. Erholung? Nun, das hängt davon ab, ob der Kindergartenvirus in der Nacht bei einem der Kinder durchschlägt.

Die Wochenarbeitszeit der meisten Frauen mit Kindern schlägt die eines jeden Durchschnittsmannes in Vollzeitbeschäftigung – allerdings mit dem großen Unterschied, dass ihr Arbeitsvolumen nicht voll bezahlt wird. Sie bekommen auch keinen Überstundenausgleich oder Nachtzuschläge. Und wie die Debatte um Teilzeit zeigt, kriegen sie nicht einmal Respekt. Was sie leisten, ist so selbstverständlich wie unsichtbar.

Arbeit ist in Österreich eben nicht gleich Arbeit: Für Erwerbsarbeit gibt es Geld und Anerkennung, für Care-Arbeit gibt es Altersarmut und Minderwertigkeitskomplexe. Dass dieses Konzept wenig Anreiz bietet, zeigt die sinkende Geburtenrate. Solange der Tag nicht mehr Stunden bekommt, braucht es bessere Maßnahmen als die Vollzeit-Keule vonseiten der Wirtschaftspolitik: Wie wäre es mit einem Batzen Wertschätzung? ▶

**Petition
unterschreiben**



Neuerscheinungen aus dem ÖGB-Verlag



Arbeitsrecht in Frage und Antwort

Matthias Piffl-Stammberger, Marion Chwojka, Julia Vazny-König

Ratgeber | 2026 | 420 Seiten | EUR 39,00
ISBN 978-3-99046-744-2

Müssen bei einer Bewerbung alle früheren Tätigkeiten angeführt werden? Wann verjährt ein Urlaubsanspruch? Wann kann man aus sozialen Gründen eine Kündigung anfechten? Im Berufsleben ist jede:r mit solchen Fragen konfrontiert. Der bewährte Bestseller aus dem Ratgeberprogramm des ÖGB-Verlags gibt auf alle arbeitsrechtlichen Probleme, die im Laufe eines Berufslebens auftauchen können, eine kompetente Antwort. Die Gliederung erfolgt nach Sachgebieten, die Aufarbeitung in Form von Fragen und Antworten.

JETZT BESTELLEN!



Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Frage und Antwort

Susanne Haslinger

Ratgeber | 2026 | 106 Seiten | EUR 36,00
ISBN 978-3-99046-738-1

Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist eine seiner heikelsten Phasen – es geht um mitunter hohe arbeitsrechtliche Ansprüche. Nicht selten ist die Stimmung aufgeladen und mit großen Unsicherheiten verbunden. Der vorliegende Ratgeber soll praxisnahe einen Überblick rund um

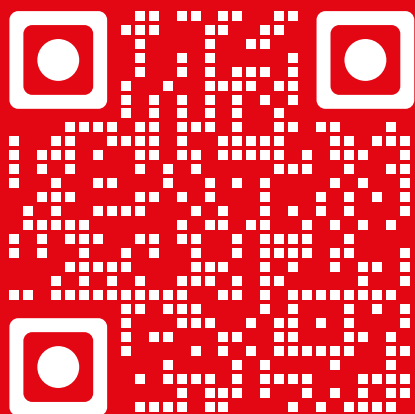
- die verschiedenen Beendigungsarten
- Fristen und Termine
- Beendigungsansprüche
- Schutz vor und bei Kündigung

und vieles mehr bieten.

JETZT BESTELLEN!



Ich will gleichen Lohn für gleiche Arbeit.



Du auch?

Dann sag jetzt Ja!

oegb.at/gleicherlohn



Frauen verdienen für gleiche Arbeit noch immer weniger als Männer. Damit muss endlich Schluss sein.

OGB

Deine Gewerkschaft.

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger:in:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue bzw. richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort